

März/April 2025
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Fünf Jahre danach: Die Corona-Chroniken III des VPOD

Die schnell vergessenen Lehren aus der Covid-19-Pandemie

Überrascht tun gilt nicht: Der Fachkräftemangel im Sozialbereich

Investieren und bis 1 000 Franken Bonus sichern



Investieren Sie in unsere Anlagelösung* und profitieren Sie von den Vorteilen einer Vermögensverwaltung und unserer langjährigen Anlagekompetenz. Wählen Sie aus vier nachhaltigen Anlagestrategien und nutzen Sie die Renditechancen an den Finanzmärkten.

Bonusberechtigt sind Sie für zwei Jahre ab Eröffnung der Anlagelösung und einer Investition von 10 000 CHF. Auf zusätzliche Einzahlungen erhalten Sie 10% Bonus, maximal 500 CHF pro Jahr. Der Bonus wird automatisch in Ihre Anlagelösung investiert. cler.ch/vpod

* Die Hinweise zur Anlagelösung dienen ausschliesslich Werbezwecken. Bei der Anlagelösung Bank Cler handelt es sich um einen Strategiefonds mit verschiedenen Teilvermögen. Für den Prospekt und die Basisinformationsblätter verweisen wir auf cler.ch

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5–7 Überrascht tun gilt nicht**
Wegen akuten Fachkräftemangels droht eine soziale Versorgungslücke
- 8–10 Die Verkehrszeichen stehen auf Kampf**
Verbandskonferenz Nahverkehr in Luzern: Kritik an Missständen, Fokus auf Wachstum
- 10 Rücktritt der Generalsekretärin**
Natascha Wey verlässt den VPOD geordnet
- 11 Mit der Doppelaxt**
USA: Beispielloser Staatsabbau durch Donald Trump und Elon Musk – Widerstand formiert sich nur langsam
- 13–20 Dossier: Corona-Chroniken III**
Fünf Jahre nach dem ersten Lockdown: Gelerntes und Ungelerntes in 13 Betrachtungen
- 21 «Gegen Instrumentalisierung»**
Anschlag auf Gewerkschaftsdemo in München im Februar – 2 Tote, vielfältige Solidaritätsbekundungen

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 12 Aus den Regionen und Sektionen**
- 22 Wirtschaftslektion: GAV verhindert Tiefstlöhne**
- 23 Wettbewerb: Gebrauchslyrik**
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD: Zerstückeltes Tagwerk**
- 26 Solidar Suisse: Von wegen «nachhaltig»...**
- 27 Menschen im VPOD: Eliane Albisser, Soziologin, Geschäftsführerin des gewerkschaftlichen PK-Netzes, Bern**

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 2, März/April 2025
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Von Fussballern lernen

Die besten Lebensweisheiten kommen aus Fussballermund. Hilfe in fast allen Lagen bietet seit je Sepp Herberger: «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.» Wer in eine Negativspirale gerät, findet Trost bei Andy Brehme: «Hast du Scheisse am Schuh, hast du Scheisse am Schuh.» Über die Wechselfälle des Daseins orientierte Mario Götze: «Mal ist man der Hund, mal ist man der Baum.»

Nicht nur der grosse Dichter Ernst Jandl dachte über die Austauschbarkeit der Pole (in: «Lichtung») nach, sondern auch Mittelfeldspieler Patrick Funk. Messerscharfe Analyse: «Links ist ähnlich wie rechts, nur auf der anderen Seite.» (Funk war ein eher rasch verglühender Stern am Fussballhimmel, kickte nur kurz für den VfB Stuttgart und für St. Pauli und dann für nicht ganz so erstklassige Clubs wie den Sportverein Wehen 1926 – Taunusstein e.V. oder den Verein für Rasenspiele 1921 e.V. Aalen; es nähme noch wunder, welches die anderen Aalener Rasenspiele sind.)

Obacht: Kein echtes Fussballerzitat, sondern ein Kuckucksei ist das Bonmot «Fussball ist wie Schach, nur ohne Würfel». In Wirklichkeit hat das der Komiker Jan Böhmmermann erfunden und Lukas Podolski unterschoben, der zwar eine Frohnatur, aber kein Doofkopf ist (und, wie der Sender RTL bewiesen hat, mindestens schlauer als Günther Jauch sowie als 69 Prozent der restlichen Deutschen). Übers Schachspiel hat sich auch Éric Cantona (Olympic Marseille, Manchester United, später Filmdarsteller) ausgelassen. Nämlich so: «Mit Rassisten diskutieren, das ist wie mit einer Taube Schach spielen. Egal wie gut du bist, egal wie sehr du dich anstrengst – am Ende wird die Taube aufs Spielfeld kacken, alles umschmeissen und umherstolzieren, als hätte sie gewonnen.»

Der Spruch bezieht sich nicht nur auf Rassismus. Er bezieht sich auf alle Konstellationen, bei denen die eine Seite sich nicht an die Abmachungen hält, während die andere weiterhin nach den Regeln spielt. Er bezieht sich auf Menschen, die, ohne von irgendwem gewählt worden zu sein, unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus demokratische Einrichtungen zerstören. Und er bezieht sich auf Amtsträger, von denen man nicht weiss, ob sie die Architektur der Welt nach Plan demolieren. Oder einfach deshalb, weil sie das geistige Niveau eines Vierzehn- und die Impulskontrolle eines Vierjährigen haben. Auf der anderen Seite herrscht immer noch ungläubiges Staunen, Lähmung. Das muss sich ändern. In solchen Fällen kann man sich an Lukas Podolski halten und sein (diesmal echtes) Zitat: «Wir müssen jetzt die Köpfe hochkrepeln – und die Ärmel auch.»



SBB (hier ein Zug bei Wynigen):
Verlagerungsziele in Gefahr.

Migros (hier ein Zentrum in Fällinsdorf):
Entlassungswelle im Jubiläumsjahr.



Unklar ist das Schicksal der Alnatura-Läden, nachdem die Migros aus der seit 2012 bestehenden Partnerschaft mit der deutschen Biomarkt-Gruppe ausgestiegen ist. Die Unia sieht in der jüngeren Entwicklung – sowohl in der raschen Expansion als auch in deren unkoordinierter Rücknahme – eine Abkehr von der einst auf soziale Verantwortung und Allgemeinwohl hin orientierten Firmenphilosophie. | [slt/unia](#) (Foto: Roland Zumbuehl/Wikimedia CC)

SEV gratuliert SBB, aber...

Der SEV gratuliert den SBB zu den guten Zahlen für 2024 und zum Fahrgastrekord. Das engagierte Personal habe dazu wesentlich beigetragen, betont die Gewerkschaft: «Die SBB sollten stärker in attraktive Arbeitsbedingungen investieren, als Zeichen der Wertschätzung und als Investition in die Zukunft», sagt SEV-Vizepräsident Patrick Kummer. Der Know-how-Verlust aufgrund der anstehenden Pensionierungswelle könne sonst nicht aufgefangen werden. Dass es für den Güterverkehr noch immer keine seriöse Finanzierung gibt, bedauert der SEV. Offenbar fehle es am politischen Willen. Mit Personalabbau verstelle sich SBB Cargo aber die eigene Zukunft. | [sev/vpod](#) (Foto: Nelso Silva/Wikimedia CC)

Schwere Vorwürfe an Migros Online...

Im «Kassensturz» von SRF sind schwere Vorwürfe gegen Migros Online erhoben worden. Im Logistikzentrum Pratteln, wo die elektronischen Einkäufe zusammengestellt werden, sind die Löhne klein und die Lasten viel zu schwer. Die Zeugin von «Kassensturz» musste 15 Mal pro Stunde bis zu 30 Kilo aufs Förderband heben, die männlichen Kollegen gar Boxen von mehr als 30 Kilo, was überhaupt verboten ist. Kritisiert wurde auch das Regime bei Krankheit: Der durch Schnelligkeit erzielbare Bonus, der den mageren Mindestlohn aufpeppt, wird vom ersten Krankheitstag an gekürzt. Die Zeugin vom «Kassensturz» war aufgrund des Verschleisses 4 Monate krankgeschrieben – und wurde dann entlassen. Die Unia dazu: «Eine nahezu vollständig aus Menschen mit Migrationsgeschichte bestehende Belegschaft ist den gesundheitsgefährdenden, repressiven Arbeitsbedingungen schutzlos ausgesetzt.» Zudem halte die Migros ihre Tochter bewusst ausserhalb des GAV und stelle die dort Angestellten systematisch schlechter. | [vpod](#)

... und weitere Negativschlagzeilen

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr: Die Entlassungswelle im Zusammenhang mit der Verkleinerung des Migros-Imperiums sorgt weiterhin für schlechte Presse. Im Zug der Schliessung von «Do it + Garden» wurde die Entlassung von 625 Mitarbeitenden bekanntgegeben. Der Verkauf an Dritte rettet einstweilen die Jobs bei Micasa.

Bilaterale III: Innenpolitische Fortschritte

Für die Einigung der Schweiz mit der EU braucht es eine innenpolitische Absicherung dessen, was in den Verhandlungen nicht erreicht werden konnte. Darüber sind sich der Bundesrat und die Sozialpartner einig. Als «ersten Schritt in die richtige Richtung» sieht der SGB einen Beschluss des Bundesrates, der einen Teil der Verschlechterungen beim Lohnschutz korrigiert. Weitere Massnahmen seien unverzichtbar. Handlungsbedarf gebe es noch bei der Allgemeinverbindlicherklärung von GAV. Zudem müsse die Schweiz beim Kündigungsschutz ILO-konform werden. | [sgh/slt](#)

Teilzeitarbeit zunehmend in «Männerberufen»

Das Wachstum der Vollzeitstellen hält an, jenes bei den Teilzeitstellen schwächt sich ab. Dies teilt der Verein Pro Teilzeit mit. Den stärksten Zuwachs erlebte die Teilzeitarbeit jüngst in der Bauwirtschaft. Im Ausbaugewerbe liegt der Anteil männlicher Teilzeitstellen bei 9,1 Prozent, im Hoch- und Tiefbau bei 6,4 Prozent. Weiterhin ist Teilzeitarbeit aber sehr ungleich auf die Geschlechter verteilt: 6 von 10 Frauen, aber nur 2 von 10 Männern arbeiten Teilzeit. Auch für die Sektoren ist die Verteilung unterschiedlich: Im zweiten Sektor (Bau und Industrie) ist jede sechste Stelle eine Teilzeitstelle, im Dienstleistungssektor fast jede zweite. | [vpod](#)

Wegen akuten Fachkräftemangels droht eine soziale Versorgungslücke

Überrascht tun gilt nicht

Von einer «angespannten Fachkräftesituation» spricht eine Studie von SavoirSocial. Beim VPOD schrillt die Alarmglocke: Die Personalknappheit im Sozialbereich hat das Zeug zur echten Krise. Zum Glück gibt es Gegenmittel.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: SolStock/iStock)

SavoirSocial (die Dachorganisation der Arbeitswelt im Sozialbereich, zuständig für Grund- und höhere Berufsbildung) und Sassa (die Konferenz der Fachhochschulen für Soziale Arbeit, also der akademische Teil) haben sich für die jüngste Studie zusammengetan. Ihr Befund ist eindeutig: Die Fachkräftesituation ist kritisch bis prekär (siehe folgende Seiten). Tiefe Löhne und hohe Belastung bei knappen zeitlichen und personellen Ressourcen, mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten und schlechte Vereinbarkeit – alles vor dem Hintergrund überschaubarer gesellschaftlicher Anerkennung: Dass viele Beschäftigte dem Sozialbereich nach kurzer Zeit den Rücken kehren, ist so erstaunlich nicht.

Demografische Herausforderung

Einen Mangel an qualifiziertem Personal gibt es in vielen Branchen. Der Schweiz werden bis 2050 rund 1,3 Millionen Fachkräfte fehlen. Der Sozialbereich segelt allerdings bei vielen Betrachtungen «unter dem Radar», während die Klage über fehlende Hausärztinnen, Ingenieure, IT-Spezialistinnen und Pflegefachleute im Mainstream angekommen ist. Dabei ist gerade der Sozialbereich besonders herausgefordert, weil dort der Bedarf – ähnlich wie im Gesundheitswesen – in den nächsten Jahren stark zunehmen wird, etwa wegen der demografischen Alterung der Gesellschaft und weil immer mehr Frauen in den Arbeitsmarkt strömen und nach Kinderbetreuung verlangen.

Überrascht tun gilt also nicht. Auch der VPOD hat wiederholt gewarnt, dass die mangelnde Attraktivität der Berufe im Sozialbereich Folgen haben würde. Die Antwort des Bundesrates auf eine Interpellation im Nationalrat zeigt, dass auch die Politik das Phänomen sträflich unterschätzt. So weit vom Nachbarland Deutschland entfernt, wo

in der Öffentlichkeit bereits vom baldigen Kollaps des Sozialsektors die Rede ist, ist die Schweiz nicht. Allerdings ist ebenso gut bekannt, dass Interventionen wirksam sind. Beispiel Kanton Waadt: Dort hat die Kantonsregierung als Antwort auf eine Mobilisierung der Gewerkschaften 39 Millionen Franken zusätzlich bereitgestellt, um die Löhne im subventionierten sozialen Sektor anzuheben. Mit Erfolg.

Aus Sicht des VPOD – die Verbandskommission Sozialbereich hat ein ausführliches Positionspapier vorgelegt – braucht es schweizweit eine Aufwertung und eine Entlastung der sozialen Berufe. Das beginnt bei der Ausbildung – oder sogar bereits beim Zugang dazu. Ein Ärgernis sind etwa die nach wie vor verbreiteten Hürden in Form von Praktika vor Beginn der FaBe-Lehre. Zudem sind nicht nur Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl nötig, sondern auch existenzsichernde Bedingungen für erwachsene Quereinsteigende. Eine Ausbildungsoffensive à la Pflege-Initiative müsste die indirekten Bildungskosten verringern (etwa durch Beteiligung der Kantone, durch Stipendien- und Darlehenssysteme u. dgl.).



Qualifizierte
Betreuung im
Sozialbereich:
Die Krise
verschärft sich.

Bei den Lehrgängen an den Höheren Fachschulen und den Fachhochschulen sieht der VPOD mögliche Verbesserungen vor allem in einem engeren Praxisbezug. Das würde auch den Berufseinstieg erleichtern und die Quote jener senken, die schon nach kurzer Zeit wieder aus- oder umsteigen. Vorschläge des VPOD zur Abfederung des Praxis-Schocks: realistische Bilder von der Arbeitswelt während der Ausbildung; genügend Zeit und Unterstützung bei der Einarbeitung; nur langsame Erhöhung der Arbeitsbelastung (beispielsweise der Falllast).

Auch der Lohn zählt

Für die Attraktivität eines Berufs spielen die Arbeitsbedingungen eine zentrale Rolle. Auch – im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Meinung – der Lohn. In einer Umfrage der Freiburger Fachhochschule HETS war der (zu geringe) Lohn nach der (mangelnden) Arbeitszufriedenheit das zweitwichtigste Kriterium für berufliches Unbehagen. Insgesamt ist das Lohnniveau im Sozialbereich aus Sicht des VPOD zu tief. Für eine stark weiblich geprägte Branche ist das nicht untypisch; Korrektur tut

not, damit die hohen Anforderungen, die starken Belastungen und die grosse Verantwortung adäquat abgegolten sind. Flächendeckend muss die abgeschlossene Berufslernlehre im Sozialbereich einen Monatslohn von 5000 Franken generieren.

Arbeitsgesetz für alle

Ein zweiter starker Hebel ist die Zeit: Eine 40-Stunden-Woche brächte schon eine gewisse Entlastung. Vielerorts ist auch entscheidend, wie viel Zeit für Tätigkeiten zur Verfügung steht, die nicht direkt «an der Klientin» verrichtet werden, also für Vor- und Nachbereitung, für Beobachtung und Dokumentation, für Gespräche im Team oder mit Angehörigen usw. Bezüglich der Ruhezeiten muss endlich das Arbeitsgesetz auf den gesamten Sozialbereich anwendbar sein, auch für den stationären Bereich, der heute durch eine Sonderklausel ausgenommen ist. Überhaupt muss die gesamte Anwesenheit als Arbeitszeit zählen, namentlich in Lagern oder beim Nachtpikett.

Dass ausreichende Personalressourcen sowie gut ausgebildetes Personal zur Verfü-

gung stehen müssen, wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit – im Sozialbereich muss es noch einmal extra gesagt werden. Dazu gehören die Pflichtenhefte, die Anforderungsprofile, die Betreuungsschlüssel, der Skill-Grade-Mix – Dinge, die auch dann gelten sollen, wenn jemand vom Team krank oder in den Ferien ist. Die Klage über einen überbordenden Administrativaufwand ist nicht neu, aber dennoch berechtigt. Das Instrumentarium für die Unterstützung und bessere Anerkennung des Personals ist an sich bekannt: Intervention, Supervision, Coaching, Gesundheitsförderung, Autonomie, Mitwirkung, berufs- und gewerkschaftspolitisches Engagement (samt der notwendigen Zeit).

Auch die Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben müssen nicht neu erfunden, sondern schlicht angewandt werden. Teilzeitarbeit ist im Sozialbereich weit verbreitet; sie muss auf allen Ebenen möglich werden. Leitungsfunktionen werden zugänglicher, wenn sie in Co-Funktion ausgeübt werden können; auch übergesetzliche Betreuungs-

urlaube schaffen Attraktivität, genauso wie eine gewisse Entlastung zum Ende der Berufslaufbahn hin. Und schliesslich hält auch ein guter Zugang zur Weiterbildung und Weiterentwicklung die Menschen in der Branche.

Stellenwert muss höher werden

Für die VPOD-Verbandskommission Sozialbereich ist allerdings klar, dass es ohne Bewegung in der Politik und in der Gesellschaft nicht gehen wird. «Es braucht ein gesellschaftliches Umdenken, was den Stellenwert der sozialen Berufe betrifft. Die Arbeit im Sozialbereich sollte endlich als das anerkannt werden, was sie ist: unverzichtbar und wertvoll für die ganze Gesellschaft.» Ohne zusätzliche Ressourcen werde eine Milderung der Mangelerscheinungen nicht zu machen sein: «Dies bedingt Massnahmen auf politischer und gesetzlicher Ebene für eine bessere Finanzierung. Eine nachhaltige soziale Versorgung benötigt erheblich mehr Mittel aus Sozialversicherungen und Steuereinnahmen», analysiert der VPOD.

Die Lage ist ernst

Der Sozialbereich wächst – auch bei den Abschlüssen gibt es eine Zunahme. Trotzdem, so das Resultat der Savoir-Social-Studie, finden die Betriebe nur schwer Personal: Es herrscht Fachkräftemangel. | Text: VPOD

Ungefähr 15 Prozent der Betriebe, die rund 20 Prozent der Arbeitnehmenden im Sozialbereich abdecken, wurden für die Untersuchung befragt. Die Ergebnisse sind also aussagekräftig. Eindeutig ist das Wachstum der Branche: Es gibt mehr Betriebe und mehr Beschäftigte als 2016. Zugenommen hat auch der Anteil des Sozialbereichs an den Bildungsabschlüssen: Er ist im gleichen Zeitraum von 4,9 auf 6,2 Prozent aller Abschlüsse geklettert. Ein weiteres Charakteristikum der Branche ist ihr junges Alter: Rund die Hälfte der Beschäftigten sind unter 37, nur 14 Prozent über 55.

Fachleute unterschiedlich verteilt

Hinsichtlich der Qualifikation der Kräfte ist seit der letzten Untersuchung eine Verbesserung eingetreten: 70 statt 60 Prozent der Arbeitnehmenden sind jetzt Fachleute, rund die Hälfte

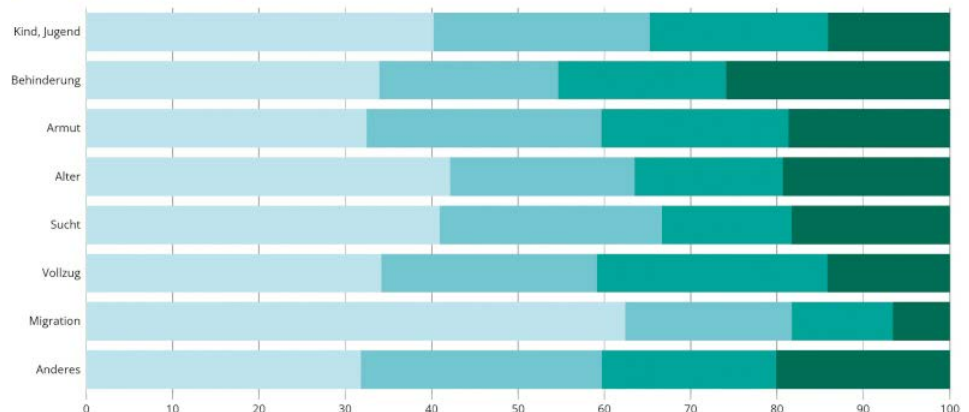
mit Tertiärausbildung, wobei sich die Hochschulabschlüsse und die Abschlüsse an Höheren Fachschulen etwa die Waage halten. Die Qualifiziertenquote ist aber je nach Arbeitsfeld

durchaus unterschiedlich; der geringste Anteil an Fachkräften ist bei der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung auszumachen; dort sind 40 Prozent ohne formalen Abschluss.

Verweildauer der Mitarbeitenden nach Arbeitsfeldern

in Prozent

■ < 3 Jahre ■ 3-5 Jahre ■ 6-10 Jahre ■ > 10 Jahre



Drei Fragen an Fränzi Zimmerli

Fränzi Zimmerli ist Geschäftsleiterin von SavoirSocial, der Dachorganisation der Arbeitswelt (Dach-OdA) im Sozialbereich. Dem VPOD-Magazin erklärt sie, wie die Situation verbessert werden kann.

VPOD-Magazin: Warum hat SavoirSocial diese Studie in Auftrag gegeben? Und was sind die wichtigsten Erkenntnisse?

Fränzi Zimmerli: SavoirSocial vereint als Dachverband viele Akteure des Sozialbereichs: Arbeitgeberorganisationen, Berufs- und Personalverbände, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und die kantonalen/regionalen OdA. Das Zusammengehen mit der Sassa, der Fachkonferenz der Fachhochschulen, erlaubte uns, alle Arbeitsfelder des Sozialbereichs und alle Ausbildungen, vom Berufsattest bis zum Doktorat, zu berücksichtigen. Das ermöglicht es SavoirSocial, die Berufsentwicklung vorausschauend weiterzuführen. Die Studie

zeigt eindrücklich, wie angespannt die Fachkräftesituation zurzeit ist. Sie zeigt aber auch, dass sich in den vergangenen Jahren etwas bewegt hat – die Fachkräftequote ist gestiegen. Die Sicht auf den gesamten Sozialbereich deckt gemeinsame Herausforderungen auf: eine angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt, eine kurze Verweildauer, herausfordernde Arbeitsbedingungen.

Was kann SavoirSocial beitragen?

Die Studie macht deutlich, dass die Hebel für Veränderungen auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind. Erst einmal arbeiten wir daran, dass alle Akteure – also auch die Politik – von den Resultaten Kenntnis haben. Dann werden wir mögliche Massnahmen diskutieren – im Wissen um die Unterschiede zwischen Regionen oder Arbeitsfeldern. Im besten Fall können wir eine gemeinsame Position des Sozialbereichs erarbeiten und mit *einer* Stimme Forderungen stellen. Wenn alle sich unkoordiniert um

Fränzi Zimmerli ist Geschäftsleiterin der Dach-OdA SavoirSocial.



den gleichen Finanztopf balgen, ist wenig gewonnen.

Muss sich auch in der Politik etwas tun? Der Sozialbereich ist doch chronisch unterfinanziert!

Mit einer gemeinsamen Stimme können realistische Forderungen gegenüber der Politik – Kantons- und Kommunalregierungen – erhoben werden. Im föderalen System braucht das Zeit. In den nächsten Wochen diskutieren wir darum ein Fachkräftemonitoringkonzept. So bleibt die Thematik relevant. Auch das kann dazu beitragen, dass auf politischer Ebene etwas geht.

Überhaupt lässt sich erkennen, dass sich gesetzliche Rahmenbedingungen direkt auf die Zusammensetzung der Abschlussniveaus auswirken. In der Sozialhilfe und im Massnahmenvollzug überwiegen die tertiären Ausbildungen. Wo Betreuung und Begleitung im Vordergrund stehen, sind diejenigen mit Sekundar-II-Abschluss oder tiefer in der Mehrzahl.

Dass die Fachkräftesituation im Sozialbereich angespannt ist, ist keine Überraschung. Der Vergleich mit 2016 zeigt aber, dass sich die Lage nochmals verschärft hat: Die Betriebe schätzen die Rekrutierung von Personal als anspruchsvoller ein als früher. Aktuell können zwar 90 Prozent der ausgeschriebenen Stellen besetzt werden, aber nur 60 Prozent fristgerecht und mit der gewünschten Qualifikation. Es zeigen sich auch deutliche Unterschiede nach Arbeitsfeld; so besteht die Herausforderung in der Kinder- und Jugendhilfe vorab im Auffinden von sozialpädagogischen Fachkräften; in der Kinderbetreuung sucht man händeringend nach erfahreneren Berufsleuten, und im Bereich der soziokulturellen Animation

sowie bei Migration/Asyl haben die Betriebe Mühe, weil sie aufgrund der stark schwankenden Finanzierung der öffentlichen Hand keine Arbeitsplatzsicherheit bieten können.

Über dem Durchschnitt liegt im Sozialbereich die sogenannte Bruttoretentionsquote. Sie sagt aus, welcher Anteil der Beschäftigten innerhalb eines Jahres die Stelle wechselt. Über die ganze Wirtschaft hinweg liegt diese Quote bei 16, im Sozialbereich aber bei 22 Prozent. Nochmals deutlich höher ist die Fluktuation bei kleineren Betrieben; für sie beträgt die Bruttoretentionsquote 27 Prozent. Gegen 30 Prozent tendiert sie bei den Kitas, den Spitzenreiterinnen in Sachen Schnelldurchlauf. Auch andere Indizes weisen auf dieses Problem hin: So liegt der Anteil der Beschäftigten, die zum Zeitpunkt der Befragung 5 Jahre und länger im Betrieb waren, im Sozialbereich mit 38 Prozent 12 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller Branchen.

Die Betriebe geben an, dass hohe Fluktuation vor allem die verbleibenden Arbeitnehmenden belastet, woraus sich eine Negativspirale ent-

wickeln kann. Je mehr Ressourcen durch Neubesetzungen gebunden sind, desto stärker steigt der Druck auf die Verbliebenen – und desto mehr von ihnen steigen ebenfalls aus.

Belastende Atmosphäre

Als die drei häufigsten Gründe für eine Kündigung hat die Studie (zu grosse) Arbeitsbelastung, (mit der Realität inkompatible) Lohnvorstellungen sowie den Wunsch nach Neuorientierung genannt, und zwar (fast) unabhängig vom Arbeitsfeld und von der Betriebsgrösse. Einzig im Behindertenbereich gibt es eine Abweichung: Dort wurden die unregelmässigen Arbeitszeiten häufiger als der Lohn als Kündigungsgrund genannt. Die Arbeitsbelastung resultiert dabei aus unterschiedlichen Komponenten: In der Sozialhilfe drücken vor allem grosse Fallzahlen und viele administrative Vorgaben. Wo betreuende Tätigkeiten dominieren, kann die Kombination von physisch intensiver Arbeit mit hoch vulnerablen betroffenen Personen zu einer belastenden Arbeitsatmosphäre führen.



Verbandskonferenz Nahverkehr in Luzern: Kritik an Missständen, Fokus auf Wachstum

Die Verkehrszeichen stehen auf Kampf

Der VPOD steht für Fortschritt. Eine Verschlechterung bei den Arbeitsbedingungen im Nahverkehr wird er nicht akzeptieren; darüber waren sich die Teilnehmenden der Verbandskonferenz in Luzern einig. Auch Kampfmassnahmen werden nicht ausgeschlossen. | Text: Micha Amstad (Foto: VPOD)

Letzter Februarsamstag und letzter Samstag vor der Fasnacht in Luzern: VPOD-Verbandskonferenz Nahverkehr. Heisst: Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Deutschschweiz – der VPOD organisiert diese Branche lediglich diesseits der Saane – kommen an der Reuss zusammen, um sich auszutauschen und zu debattieren. Drei Fragen stehen bei der Edition 2025 im Zentrum: Was muss sich verbessern? Wie stärken wir uns, um diese Verbesserungen zu erreichen? Und wie verhindern wir weitere Kahlschläge, ausgelöst durch Spargelüste vonseiten öffentlicher Hand?

Setz dankt und ermutigt

Passend, dass auch Melanie Setz, Sozial- und Sicherheitsdirektorin der Stadt Luzern und davor regionale VPOD-Präsidentin, im kämpferischen Modus erschien – und ihren Respekt für die Arbeit der Leute in der Branche kundtat: «Ich danke euch für euren täglichen Einsatz und wünsche euch viel Energie in eurem Kampf für eure Rechte», lautete das Empowerment. Dieser Kampf ist in der Tat dringend notwendig. Die Situation im Nahverkehr ist festgefahren prekär. Seit Jahren warnen unsere Kolleginnen und Kollegen,

von der Technikerin bis zum Buschauffeur, dass ohne zügige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen nichts Gutes kommt. Die Branche leide, ein wichtiger Teil des Service public drohe zu erodieren. Nicht irgendwann in der Zukunft. Sondern jetzt. In mehreren Deutschschweizer Städten kam es zu langfristigen Fahrplanreduktionen. Begründung: zu wenig Personal! Für die rund drei Dutzend anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist klar: Dieser Fachkräftemangel folgt keinem Naturgesetz. Er ist vielmehr hausgemacht. Dies führte Gunnar Loewe, Buschauffeur im Kanton Bern, deutlich vor Augen: «Die Fachkräfte gäbe es schon. Aber sie arbeiten aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in anderen Berufen.» Belegt wird dieses Erkenntnis auch durch Studien des Bundesamts für Statistik. Im Vergleich zu anderen Transportbranchen ist die Personalsituation im Nahverkehr besonders angespannt.

«Schlicht veraltet»

Auch darüber sind sich die Teilnehmenden der Verbandskonferenz einig: Dienstschichten von bis zu 14 Stunden, zunehmender Stress im Verkehr, enorm kurze Ruhe-

schichten und Reallohnverlust gefährden die Gesundheit. Solche Bedingungen sind nicht zeitgemäss und nicht attraktiv, ja, wie etwa Markus Braune ausführte, der bei den Basler Verkehrsbetrieben arbeitet, «schlicht veraltet». Das Instrumentarium zur Verbesserung der Lage wäre bekannt. Theoretisch. Aber der Bund, die Kantone und die Nahverkehrsbetriebe lassen es liegen. Sie haben offenbar nicht die Absicht, die Missstände zu beheben. Mit seinem schädlichen Abbauprogramm möchte der Bundesrat vielmehr den Sparhammer ansetzen.

Ganz falsche Werkzeugwahl! Wenn die öffentliche Hand ihre Beiträge kürzt, ist klar, wer dies am Ende schultern muss. Das Nahverkehrspersonal wird weiter unter Druck kommen, die Arbeitsbedingungen werden sich nicht etwa verbessern, sondern neuerlich verschlechtern. Einzelne Betriebe haben in Anbetracht der Sparpläne bereits das böse Wort «Lohnkürzung» in den Mund genommen. Die Kolleginnen und Kollegen in der Nahverkehrsbranche haben da jedoch etwas dagegen. Solchen Abbau wird der VPOD nicht hinnehmen. Die Mitglieder beschliessen an der Verbandskonferenz eine kämpferische Resolution. Darin halten sie



VPOD-Verbandskonferenz Nahverkehr in Luzern, von links: David Moll (VPOD BVB), Markus Braune (VPOD BVB), Hermann Blum (VPOD BSU), Duri Beer (Regionalsekretär Zürich), Stefan Fritsch (VPOD Bernmobil), Valentin Erni (VPOD Bernmobil), Hansjörg Rufer (VPOD BOGG), Lisa Fritsch (VPOD Bernmobil), Erich Schwegler (VPOD VBSG), Kurt Siegenthaler (VPOD Bernmobil), Hanspeter Anderegg (VPOD Bernmobil), Arthur Badertscher (VPOD AG/SO), Margrit Siegenthaler (VPOD Bernmobil), Bernd Siebold (VPOD AAGL), Andreas Iten (VPOD VBL), Michel Berger (Regionalsekretär Bern SGE), Cédéric Schmid (VPOD VBZ), Roger Christen (VPOD Bernmobil), Micha Amstad (Zentralsekretär), Rebekka Friedli (VPOD VB Biel), Gunnar Loewe (VPOD Busland), Jürg Baumann (VPOD Bernmobil), Daniel Roth (VPOD VBZ), Sven Bättig (VPOD VBZ), Nuri Kadrii (VPOD VBZ), Clara-Lisette Kesselmann (Verdi), Thomas Beutler (VPOD Bernmobil), Amanda Probst (Regionalsekretärin Luzern), Heinz Soltermann (VPOD VBSG), Angelina Wieser (VPOD VBZ), Julian Ehret (Verdi).

«Wir fahren zusammen»

Auch in Deutschland geht's dem Personennahverkehr nicht gut. Verdi hat anlässlich der Tarifrunde 2024 eine breite Streikkampagne durchgeführt. Motto des übergreifenden Bündnisses: «Wir fahren zusammen.» Verdi-Organizer Julian Ehret berichtete von seinen Erfahrungen. Nachmachen erlaubt! | Text: VPOD (Fotos: vpod und Ralf Spiegel/verdi)

Im Frühjahr 2023 wurde in der Bundesfachgruppe Busse und Bahnen der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft (und VPOD-Schwester) Verdi ein Aktionsplan verabschiedet. Ziel: eine koordinierte bundesweite Streikbewegung in 130 Betrieben mit total 100 000 Beschäftigten. 2024 wurde diese Streikwelle in die Realität umgesetzt. Und sie hatte Erfolg. In allen beteiligten Betrieben konnte mindestens ein Teil der formulierten

Ziele erreicht werden. Mittendrin: Julian Ehret, Organizer und Gewerkschaftssekretär bei Verdi. Er reiste von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb durch ganz Deutschland. Anlässlich der VPOD-Verbandskonferenz hängte er jetzt auch noch einen Abstecker an den Vierwaldstättersee an, um seine Erfahrungen und sein wertvolles Aufbauwissen mit den Schweizer Kolleginnen und Kollegen zu teilen.

Zum bundesweiten Streik führte eine detailliert geplante Kampagne, welche in drei Phasen gegliedert war. Erstens: Aufbau und Gewinnung der eigenen Basis. Zweitens: Mehrheiten organisieren. Drittens: die Durchsetzung. In der ersten Phase, in welcher quasi das Fundament errichtet wurde, wurden die Mitglieder an einem bundesweiten Aktionstag auf die Kampagne vorbereitet – regelrecht eingeschoren. Gleichzeitig fanden Trainings für Kampagnenbotschafterinnen und -botschafter statt, also für aktive Mitglieder, die in den

Betrieben aktiv sind und einen Vorwärtsdrall generieren.

Die Bildung von Mehrheiten stand in Phase 2 im Zentrum. Das bedeutet: Basis stärken, Kolleginnen und Kollegen organisieren. Die Kampagne «Wir fahren zusammen» war aber zugleich darauf ausgelegt, mit der Öffentlichkeit zu arbeiten, immer mit dem Ziel, letztere für das Anliegen zu gewinnen und deren Unterstützung im Streik zu haben. So wurde ein Bündnis mit der Deutschen Klimabewegung eingegangen, welche ordentlich Support gab. Gemeinsam wurde eine Petition gestartet, die auf zwei Ebenen funktionierte, betrieblich und in der Öffentlichkeit. Die Formulierungen auf den Petitionsbogen unterschieden sich leicht, inhaltlich jedoch waren sie deckungsgleich. So kamen hunderttausende Unterschriften zusammen, die bei eintrainierten Übergabeaktionen den betrieblichen und politischen Verantwortlichen übergeben wurden.

Mit bundesweiter Kampagne erfolgreich:
Julian Ehret (hier in Luzern)...



fest, dass sie weitere Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen konsequent abwehren, stattdessen dringend notwendige Verbesserungen erreichen wollen. Nötigenfalls wird man Kampfmassnahmen ergreifen; Warnstreiks sind nicht ausgeschlossen. Auf diesem Hintergrund befassten sich die Teilnehmenden an der Verbandskonferenz Nahverkehr auch mit der Frage, wie sie sich und ihre Betriebsgruppen für ebendiese Kämpfe konkret stärken können. Es muss gelingen, den Organisationsgrad zu erhöhen. Julian Ehret, Organizer bei Verdi, weiss wie (siehe Seite 9 unten). Konkretes Handwerk für solchen Aufbau konnte man in Workshops lernen und üben. Hanspeter Anderegg, Vizepräsident

der Verbandskommission, stellte sein Modell der Mitgliederaufnahme vor, das er bei Bernmobil seit Jahren erfolgreich anwendet. Im Atelier von Zentralsekretärin Tanja Lantz hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, für ihren Betrieb eine Kampagne mit Fokus auf Mitgliedergewinnung zu planen. Verdi-Mann Julian Ehret schliesslich stellte Methoden von Organizing vor, also von Selbstermächtigung, die Menschen befähigt, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Die Teilnehmenden der Verbandskonferenz erlebten einen motivierenden Tag in Luzern. Für sie ist klar, dass es einiges zu tun gibt. Sie möchten diese Arbeit am liebsten sofort anpacken.

Die Petitionen hatten im Hinblick auf den Streik mehrere Funktionen: Sie sollten Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben organisieren, sie waren ein Test für deren Mobilisierungsfähigkeit, und sie nahmen die Öffentlichkeit mit ins Boot. Die Durchsetzung von inhaltlichen Forderungen stand dabei nicht im Fokus. (Dafür sind Petitionen an sich ein eher schwaches Instrument, weil sie für die angesprochenen Verantwortlichen keine Verpflichtung bewirken.) In der letzten Phase, der Durchsetzung, kam es zum bundesweiten Streik. Das

Ziel, flächendeckend in vielen Betrieben die Arbeit niederzulegen, wurde erreicht. Auch inhaltlich war die Kampagne erfolgreich: Ein Grossteil der damit verbundenen, zuvor sauber aufgelisteten Forderungen wurde erfüllt. Die Mitglieder, die an dieser Kampagne mitgewirkt haben, konnten persönlich profitieren und sind an der Herausforderung gewachsen. Ein solches Modell birgt gewiss auch für den VPOD Potenzial. Die Kolleginnen und Kollegen, welche an der Verbandskonferenz teilgenommen haben, sind davon jedenfalls angetan.



... und die Gewerkschaft Verdi (hier bei einem Warnstreik in Frankfurt am Main).

Rücktritt der Generalsekretärin

Die VPOD-Generalsekretärin hat ihren Rücktritt angekündigt: An der letzten Landesvorstandssitzung gab Natascha Wey bekannt, dass sie auf die Delegiertenversammlung vom November hin ihr Amt niederlegen werde.

Gemeinsam habe man viel erreicht, betont die Scheidende: «Am VPOD-Kongress 2023 haben wir ein wegweisendes Positionspapier verabschiedet, das die betriebliche Arbeit und unsere Mitglieder ins Zentrum stellt.»

Sie sei fest davon überzeugt, dass dieser Weg weiter zu beschreiten sei. Für die weitere Umsetzung, so heisst es in einer Mitteilung, brauche es aber Energie und Engagement in einem Umfang, der ihr nach den ausserordentlichen Belastungen der letzten Jahre fehle. «Daher habe ich mich entschieden, meinen Platz freizugeben, um Raum für neue Kräfte zu schaffen», so Wey.

Der Landesvorstand bedauert die Entscheidung und betont, dass Natascha Wey zunächst als Zentralsekretärin, dann als stellvertretende Generalsekretärin und schliesslich ab 2022 als Generalsekretärin viel bewirkt habe: Sie habe den Generationenwechsel auf dem Zentralsekretariat in Zürich eingeleitet und einen Entwicklungsprozess in der Mitgliederadministration angestossen, sie habe den Gewerkschaftsaufbau mittels Organizing gestärkt, die Zusammenarbeit mit und unter den Regionen vorangetrieben und das Zentralsekretariat als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum profiliert. Auch Natascha Weys enormer Einsatz im Rahmen der Kampagne gegen EFAS wird vom Landesvorstand explizit gewürdigt.

Um einen geordneten Übergang zu gewährleisten, wird die Kollegin noch bis Ende Januar 2026 zur Verfügung stehen, was der Landesvorstand begrüsst. | vpod (Foto: slt)



USA: Beispielloser Staatsabbau durch Donald Trump und Elon Musk – Widerstand formiert sich nur langsam

Mit der Doppelaxt

Gewerkschafts-, arbeitnehmer- und behördenfeindliche Politik war von Donald Trump erwartet worden, allerdings nicht in diesem Ausmass und Tempo. Die Zivilgesellschaft scheint auch gegenüber Elon Musks Wirken nahezu gelähmt – die Gewerkschaften reagieren mit Klagen. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Keystone)

Noch nie hat ein amerikanischer Präsident nach Amtsantritt mit einem solchen Furor Bestehendes zerschlagen wie Donald Trump nach seiner erneuten Wahl. Dies gilt aussenpolitisch, wo gerade die Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit einstürzt, aber auch innenpolitisch. Die Erlasse und die Versuche, sie zu bekämpfen,

lionen zivilen Bundesangestellten entlassen. Ein Rücktrittsangebot erhielten über 2 Millionen, und zwar per E-Mail. Wenn sie diese mit «resign» («kündige») beantworteten, bekämen sie noch bis Ende September ihren Lohn, hiess es. Ungefähr 75 000 Beamte haben dem Weissen Haus zufolge diese Form der Abfindung gewählt.

Besonders dramatisch ist die Lage bei der US-Entwicklungszusammenarbeitsbehörde USAID – in Musks verschrobener Sicht «ein Schlangennest linksradikaler Marxisten». Im US-Inland sind 1600 Stellen gestrichen worden; die im Ausland tätigen Mitarbeitenden wurden mit wenigen Ausnahmen beurlaubt; sie hätten 30 Tage Zeit, auf Staatskosten in die USA zurückzukehren, hiess es. Die abrupte Einstellung der US-Hilfen führt weltweit zu Verwerfungen, Hunger, Krankheit und Not. Hunderttausende sind betroffen, insbesondere in Afrika. Von den 11,5 Milliarden US-Dollar, die etwa im Jahr 2023 in den Kontinent flossen, profitierten zu einem grossen Teil lokale Projekte. Auch Nothilfe wurde ausgerichtet, etwa im Sudan, wo Hunger herrscht und wo jetzt Suppenküchen schliessen müssen. In Ländern wie Äthiopien oder Kenia droht ohne Finanzierung der Medikamente ein neuerlicher Vormarsch der HIV/Aids-Pandemie.



«Zurück in den Weltraum»: Anti-Musk-Demo Anfang März in New York.

folgen in so raschem Takt, dass es kaum noch möglich ist, die Übersicht zu behalten – offensichtlich auch für die Administration selbst, in der sich unterschiedliche Strategien zunehmend in die Quere kommen.

«Doge» ohne Legitimation

Anlass zu grosser Sorge bereitet das Wirken von Elon Musk. Dessen neugeschaffenem «Department of Government Efficiency» («Doge») fehlt jede demokratische Legitimation. Auch die internen Strukturen von «Doge» sind unklar, dito die Befugnisse. Klar ist aber, dass Elon Musk willkürlich handelt und nur sich selbst und (allenfalls) Trump rechenschaftspflichtig ist. – Bisher wurden ungefähr 25 000 der total 2,3 Mil-

Eine weitere Mail von Musk wurde Ende Februar an praktisch alle Staatsangestellten versandt. Demnach hätten sie innert 24 Stunden in 5 Stichwörtern darzulegen, was sie letzte Woche getan hätten. Nichtbeantwortung werde als Kündigung gewertet. Die Gewerkschaft der Regierungsbediensteten (AFGE) kündigte juristische Schritte gegen dieses Vorgehen an. Auch das Bundespersonalamt hat interveniert und mitgeteilt, dass den Mitarbeitenden kein Schaden erwachse, wenn sie diese E-Mail ignorierten. Einzelne Ministerien haben sich ebenfalls gegen Musks Einmischung verwahrt. Das Verteidigungsministerium etwa sagte, es sei selbst «dafür verantwortlich, die Leistung seiner Mitarbeiter zu überprüfen».

Offene Verfassungskrise?

Inzwischen wird allerdings ein interner Konflikt sichtbar: Gemäss Medienberichten kam es an einer Kabinettsitzung Anfang März zu Zusammenstössen über die Ausrichtung des «Doge»-Programms. Hatte Trump wenige Tage zuvor von Musk noch ein aggressiveres Vorgehen verlangt, heisst es jetzt, er müsse «mit dem Skalpell» statt «mit der Axt» vorgehen. Da und dort verfügten Gerichte Wiedereinstellungen, anderswo wurden Kündigungen wegen Knowhow-Verlusts zurückgezogen. Aber die meisten Verfahren sind hängig, auch das weitere Vorgehen bei USAID. Hier droht eine offene Verfassungskrise, die im Fall der gegen einen Gerichtsbeschluss ausgeschafften mutmasslichen venezolanischen Drogenkriminellen bereits eingetreten ist.



Freiburg: Einstweilen ist der Streik in der Radiologie ausgesetzt.

Luzern: Einstweilen muss es der Theateraltbau weiterhin tun.



immer noch, auf die Forderungen einzugehen. Die Streikenden – 80 Prozent der rund 100 Betroffenen sind dabei – verlangen weiterhin eine Anhebung ihrer Lohnklasse von 17 auf 19. | *vpod*
(Foto: Valdemar Verissimo)

Knatsch am Theater Basel

Am Theater Basel herrscht auch weiterhin dicke Luft. Der VPOD streitet sich mit dem Arbeitgeber zum einen über den 25-prozentigen Überstundenzuschlag, den das Theater seinem technischen Personal verweigert. In dieser Sache wurde jetzt, beispielhaft von 5 Angestellten, ein Schlichtungsgesuch eingereicht. Für alle Betroffenen dürfte sich rückwirkend auf 5 Jahre ein Streitwert im 6-stelligen Bereich ergeben. Weiter kritisiert der VPOD die Entschädigung des Personals der Billettkontrolle: Für eine Ausnahmeregelung vom Mindestlohn bestehe kein Grund. Mit der Argumentation, dass mit dem Einlasspersonal kein Arbeitsvertrag bestehe und es sich mithin um Selbständige handle, begibt sich das Theater Basel auf die Schiene von Uber. «Kultur darf nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen», heisst es im Communiqué des VPOD. | *vpod*

Bundespersonal: Kompromiss, aber Kritik bleibt

Zähneknirschend haben die Personalverbände und Gewerkschaften des Bundespersonals einem Weg zur Umsetzung der vom Bundesrat beschlossenen Sparmassnahmen zugestimmt. Sie bleiben aber der Ansicht, dass die Verschlechterungen unnötig sind. Um den Schaden indes möglichst gering zu halten, verweigern sich die Verbände nicht total. Sie haben erreicht, dass es bei der Familienzulage und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall keine Kürzungen gibt. Abstriche sollen nur Leistungsprämien und generelle Lohnmassnahmen betreffen. | *vpod*

Zürich: Gesundheitsbetriebe ohne Temporäre?

35 Zürcher Gesundheitsbetriebe, darunter die Kantonsspitäler, wollen kein temporäres Pflegepersonal mehr anstellen. Der VPOD kritisiert diesen Entscheid, weil unklar bleibt, wie dabei das Stammpersonal vor Überlastung geschützt werden soll. Der VPOD verlangt klare Aussagen dazu, wie der «Temporärverzicht» umgesetzt wird, ohne dass die Festangestellten leiden. Gemäss VPOD sind es die Betriebe selbst, die ihr Personal in Temporäranstellungen treiben, weil Festverträge nicht genügend Flexibilität bieten. | *vpod/slt*

Freiburg: Streik bei Radiologie ausgesetzt

Nach 6 Tagen ist der Streik des Radiologiepersonals am Spital Freiburg HFR ausgesetzt worden. Der Staatsrat weigert sich allerdings

Kindergarten Aargau: Freies Spiel ist Arbeit

Im Bullingerhaus in Aarau haben rund 50 Kindergartenlehrpersonen dargelegt, warum die Aufsicht während des freien Spiels der Kinder weiterhin als Arbeitszeit anerkannt und entsprechend entlohnt werden muss. Sie gelte der Förderung sozialer Kompetenzen und der Sicherheit. Das Event, bei dem auch Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm mitwirkte, setzte ein Zeichen gegen die Praxis des Bildungsdepartements, die Bezahlung dieser Tätigkeit zu verweigern. Die 2021 aberkannte Unterrichtseinheit wollen die Kindergartenlehrpersonen jetzt – nach Ablehnung ihrer Petition – auf dem juristischen Weg zurückholen. | *vpod/slt*

Luzern: Theaterneubau abgelehnt

Paukenschlag, Scherbenhaufen. Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben Nein gesagt zum auch vom VPOD unterstützten Projekt eines Erweiterungsbaus für das Luzerner Theater am bisherigen Standort. Damit befindet man sich wieder auf Feld 1. Die Probleme des Theaters im zu kleinen und längst sanierungsbedürftigen Bau von 1839 sind ungelöst; die Bedingungen für die rund 400 Angestellten unhaltbar. Auch eine Renovation des Gebäudes schüfe, wiewohl teuer, nicht die Anforderungen, die an einen Spielbetrieb in drei Sparten (Schauspiel, Musiktheater, Tanz) heute gestellt werden. | *slt* (Foto: Ingo Hoehn/Wikimedia CC)

Fünf Jahre danach

Die Corona-Chroniken des VPOD, Teil III

Anfang 2020 mehrten sich die Meldungen über ein neues, gefährliches Virus. Immer näher kam die Bedrohung. Bilder von Särgen in Bergamo schreckten uns auf, und Mitte März verkündete der Bundesrat den Lockdown. Ultraschlaue wussten schon damals, dass sich die Sache womöglich bis in den Sommer hineinziehen würde. Es wurde Sommer 2022, bis alles ausgestanden war.

Für die wenigsten ging das Leben weiter wie vorher. Denn es waren die Schulen zu, die Beizen zu, die Hotels zu, die Kinos und Theater zu, die Grenzen zu. Die einen sassen isoliert im Homeoffice, andere kämpften sich mit Improvisation und Menschenverstand durch systemrelevante Aufgaben. Es wurde applaudiert. Es wurde protestiert. Es gab Tote. Und einsam Sterbende.

Fünf Jahre ist das jetzt her, und andere Sorgen halten uns derzeit im Klammergriff. Dennoch lohnt ein Blick zurück. Und zwar mit denselben Kolleginnen und Kollegen, die schon im Frühling 2020 und dann nochmals im Sommer 2021 in dieser

Zeitschrift aus ihrem Pandemie-Alltag erzählt haben. Einer hat inzwischen seinen Wohnsitz nach Thailand verlegt. Einer hat vom Luftverkehr zur Eisenbahn gewechselt und wieder zurück. Bei einigen steht die Pensionierung kurz bevor. Und eine ist Stapi von Bern geworden. Hat das alles mit Covid-19 zu tun? Oder einfach damit, wie das Leben halt so spielt? Dass wir älter werden und uns verändern mit den Zeiten und Umständen?

Wie erinnern wir uns? Woran? Und woran nicht? Wann wird aus der Erinnerung Erinnerungskultur? Und welche Dinge verblissen im kollektiven Gedächtnis? So wie in der Realität die vielen Abstandsmarkierungen in Einkaufszentren und auf Strassen (vorliegend ein Bild aus dem Zoo, drum mit tierischen statt menschlichen Distanzhaltern).

Die Corona-Chroniken III liefern ein paar Mosaiksteinchen zur Antwort auf diese und weitere Fragen. Wie schön: 13 der 14 «von damals» haben wieder mitgemacht.

slt (Foto: Keystone)



Entzernte Unterhaltung

In meiner Klasse sind aktuell 19 Kinder der Jahrgänge 2018, 2019 und 2020. Da scheint die Pandemie weit weg. Oder besser gesagt: nie dagewesen. Meine Schüler*innen können gar keine Erinnerung daran haben, wie es sich anfühlte, als die Schulen geschlossen waren, die Restaurants und Läden zu, als alle zuhause bleiben sollten, als Masken verzweifelt gesucht waren und später mit Lust oder Unmut getragen wurden, als wir uns in den Schulen Tests herbeiwünschten, als dann endlich Tests verfügbar waren und angewendet wurden. Oder daran, welche Hektik aufkam, als plötzlich Impftermine für alle buchbar waren.

«Ja, das war während der Corona-Pandemie, als wir Lehrpersonen Masken getragen haben», sage ich, wenn wir ein Foto anschauen oder über die letzten Jahre sprechen. Die Kinder schauen mich dann ratlos an. Was war da? So gross der Einschnitt auch war, so schmerzlich, sich von geliebten Menschen in ihren letzten Momenten nicht verabschieden zu können – das Leben ist weitergegangen.

Stechend ist mein schlechtes Gewissen, wenn ich daran erinnert werde, dass das Leben von ein paar Kolleg*innen nicht einfach weiterging. Und für manche einfach nicht weiterging. Für diejenigen mit Long Covid ist Corona nicht vorbei. Ihr Weg zurück in den Alltag ist beschwerlich und von Rückschlägen begleitet. Nicht zuletzt, weil die Gesellschaft Mühe hat, für komplexe Erkrankungen Verständnis aufzubringen. Die Einschränkung der Personenzahl in Innenräumen hat in der Covid-Zeit aus dem Besuchstag eine Besuchswoche gemacht. Ursprünglich gehörte ich zu jenen Lehrpersonen, die nichts gegen ein volles Haus hatten. Dann waren wir gezwungen, alles zu entzerren und den Eltern für alle Anlässe mehrere Termine anzubieten. Und

siehe: Ich erkannte die Vorteile, die es hat, wenn nicht alle Erwachsenen gleichzeitig im Klassenzimmer sind. Den neuen Modus erlebte ich als entspannter. Ich habe ihn beibehalten: Für Schulanlässe biete ich weiterhin mehrere Zeitfenster an. Es ist weniger hektisch, wenn sich Eltern einrichten können und dann auch wirklich Zeit haben. Mit weniger Leuten im Raum steigt die Chance auf eine gute Unterhaltung mit den Erwachsenen. Auch die Klasse ist weniger aufgeregt, denn die Situation kommt unserem Alltag näher.

Das habe ich von und mit der Pandemie gelernt: Wir müssen nicht alle zur selben Zeit am selben Ort das Gleiche tun. Es geht manchmal auch ganz gut und entspannter etwas zeitversetzt.



Sophie Blaser ist Lehrperson im Kindergarten Letzigraben in der Stadt Zürich und Präsidentin von VPOD Zürich Lehrberufe. Für die AL sitzt sie im Zürcher Stadtparlament.

Verletzende Erfahrungen

Die Corona-Pandemie hat das 21. Jahrhundert auf eine Weise geprägt, die für unsere Generation zuvor unvorstellbar war. Nie zuvor mussten wir uns einer globalen Herausforderung dieses Ausmasses stellen. Die Spuren davon sind bis heute in vielen Bereichen unseres Lebens sichtbar. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie verletzlich unsere moderne Welt ist. Während die

Schutzmassnahmen wie soziale Distanzierung, Lockdowns und Hygienekonzepte für viele unverzichtbar erschienen, wurden gleichzeitig Familien und Freundschaften durch unterschiedliche Meinungen und Überzeugungen auseinandergerissen. Manchmal fühlte es sich an, als würde nicht nur ein Virus bekämpft, sondern gleich die ganze Gesellschaft gespalten.

Für mich persönlich war diese Zeit besonders schwer. Ich habe meine Mutter verloren – ein schmerzlicher Verlust, der durch die Pandemie zusätzlich belastet wurde, da ich die Beerdigung fast zwei Jahre verschieben musste. Dieses Warten hat die Trauer nur verlängert und erschwert. Beruflich geriet ich ebenfalls in eine Krise, da ich mich entschieden hatte, einige der geltenden Regeln nicht zu befolgen. Diese Entscheidung brachte mir nicht nur berufliche Nachteile, sondern auch Mobbing ein – eine Erfahrung, die für mich völlig neu und äusserst verletzend war.

Doch trotz all der Herausforderungen und Entbehrungen hoffe ich, dass wir als Gesellschaft aus dieser Zeit etwas lernen konnten. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig Respekt, Zusammenhalt und Verständnis sind – vor allem gegenüber Menschen mit anderen Meinungen. Sollte die Welt eines Tages wieder vor einer ähnlichen Situation stehen, wünsche ich mir, dass wir mit mehr Mitgefühl und mit weniger Vorurteil aufeinander zugehen.

Die Zeit von Corona war eine Prüfung für uns alle. Sie hat uns aber nicht nur die Schwächen unseres Systems aufgezeigt, sondern auch, wie wertvoll Gemeinschaft, Solidarität und menschliche Nähe sind. Wir dürfen diese Lektionen nicht vergessen – denn nur so meistern wir die Zukunft.



Hansueli Feuz ist Hauswart an der Gotthelf-Schule in Thun – und Präsident der VPOD-Verbandskommission Wartung und Reinigung.

Ein Loch in der Zeit

Corona, wann war das nochmal? Die Pandemie ist weit entfernt und taucht trotzdem immer wieder auf. Eine Zäsur, ein Loch in der Zeit, Gedanken an die Verstorbenen. Geblieben sind auch schöne Erinnerungen, zum Beispiel dass wir öfters zu Fuss unterwegs waren und uns trotz Abstand mehr um einander gekümmert haben.

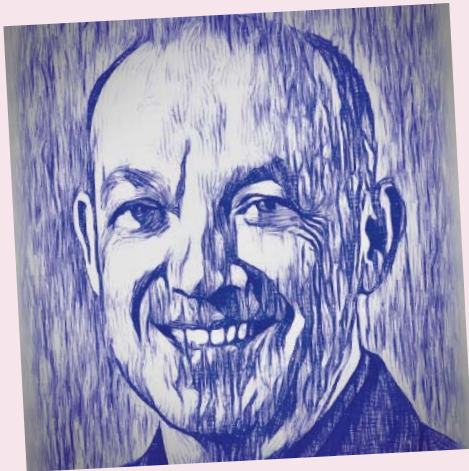
Wie andere Betriebe musste das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo schliessen. Veranstaltungen waren verboten, es gab Kurzarbeit, vieles war unsicher. Kurse absagen, neu planen, nochmals absagen, online ausprobieren. Dann war Weiterbildung wieder möglich, aber nur maskiert und in kleinen Gruppen. Es stellten sich neue Fragen: Finden wir grössere Räume? Wer kontrolliert die Impfbefreiungen? Kommt überhaupt jemand? Die BBC titelte: «Will we ever shake hands again?»

Dank unserer Trägerverbände konnten wir die Krise wirtschaftlich bewältigen. Die Organisation ist beweglicher geworden. Wir arbeiten häufiger mobil, sind im Homeoffice oder im Büro gleich nebenan. Manchmal wissen wir es selbst nicht so genau. Apropos Homeoffice: Nach der Pandemie haben wir dazu Regeln aufgestellt. Ob sie eingehalten werden, habe ich nie kontrolliert. Vermutlich deshalb funktioniert es einwandfrei.

Und wir wissen jetzt, wie das geht mit den Online-Kursen. Wir haben eine Lernplattform, konferieren über Bildschirme, veranstalten internationale Webinare und schalten live ins Bundeshaus zum Gewerkschaftspräsidenten. Mehr denn je stellen wir aber fest, dass man sich in Movendo-Kursen persönlich begegnen will. Wir schaffen reale und nicht bloss virtuelle Lernräume.

Die privilegierte Schweiz hat die Pandemie einigermassen gut gemeistert, auch

wenn der Ueli im Bundesrat fuchsteufelwild wurde. Geld ist genügend da, für die nächste Bankenrettung muss es reichen und noch etwas obendrauf für die Armee. Dafür wird bei den Armen in der Welt gespart, das hat unser Parlament sogar dem Donald vorgemacht. Die nächste Seuche ist also schon da. «Ich zuerst» heisst das neue Virus. Typische Symptome sind das soziale Frösteln in der Mitte und braune Flecken in der Nachbarschaft. Dagegen hilft nur solidarisches Bewegen und eine Prise Horizontzerweiterung. Am besten bei Movendo und mit deiner Gewerkschaft!



Michael Herzka ist Leiter des gewerkschaftlichen Bildungsinstituts Movendo und steht kurz vor der Pensionierung.

Navigieren auf Sicht

Was gestern war, ist heute anders und morgen nicht mehr. Das hat uns Corona gelehrt. Mir hat es die Furcht vor dem Ungewissen genommen und Mut zum Navigieren auf Sicht gegeben. Ja, es geht: durch den Nebel vorwärts tappen. Fragend, tastend, suchend. Zuweilen gibt es Beulen, Kratzer und Schrammen. Denn: Der Staub, den die Bremser*innen aufwirbeln, setzt sich in Poren fest, verstopft die Masken und lässt uns ersticken. Corona hat gezeigt: Wenn wir wollen, dann können wir. Schnell, lösungsorientiert, effizient und solidarisch. Wenn Berge von Fragen sich erheben,



Lelia Hunziker ist Geschäftsführerin der FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration sowie Mitglied des VPOD-Landesvorstandes.

dann pfaden wir uns Schleichwege, graben Tunnels, suchen Umwege, bauen Brücken und weichen den härtesten Brocken aus. Wer zaudert, verliert: den Anschluss, das Ziel, den Flow, die Kraft – ja vielleicht die Hoffnung.

Auch der VPOD muss sich verändern. Denn auch für den VPOD gilt: Was gestern war, ist heute anders und morgen nicht mehr.

Die Mitgliederzahlen nehmen ab, und die Mobilisierung sinkt. Wir können uns dreimal auf den Kopf stellen und den doppelten Salto rückwärts machen: Die Zeiten, als in Betrieben neue Mitarbeitende am ersten Tag die Mitgliedschaft unterschrieben, sind vorbei. Nicht nur die Individualisierung hemmt das Kollektiv, nein, die Menschen hüpfen von Job zu Job, von Branche zu Branche. Der Arbeitsmarkt ist flexibel, digital und international – und die Menschen sind es auch. Neoliberale Faschist*innen regieren die Welt, diktieren das Leben, schüren Hass und Hetze und spielen mit der Welt Monopoly. Wenn wir von alledem nicht überrollt und weggeschwemmt werden wollen, dann müssen wir jetzt handeln und einen fundamentalen Wandel anstossen.

Wir müssen den VPOD fit für die Zukunft und für die Kämpfe von morgen machen. Schnell, ja geradezu flink, wendig, agil, achtsam, aufmerksam und flexibel. Viel-

leicht ist es hie und da dunkel und neblig. Vielleicht machen Veränderungen Angst und lähmen. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir – lieber heute als morgen – den zwar liebgekommenen, jedoch knorrigten, trägen und etwas angestaubten VPOD

verändern müssen. Mutig. Solidarisch. Kämpferisch.

Unbedingte Zuversicht

Ich erinnere mich gut an die Videocalls: Als ich Anfang 2021 mein Amt als Berner Gemeinderätin antrat, war ich praktisch allein im neuen Büro am Hirschengraben. Die Mitarbeitenden der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS) lernte ich fast nur am Bildschirm kennen. Mir wurde bewusst, wie wichtig mir persönliche Kontakte sind. Aber auch, in welcher privilegierten Situation ich mich befand. Die Pandemie bestimmte von der ersten Minute an meinen Regierungsalltag in der TVS. Es galt sicherzustellen, dass das Leben in Bern funktioniert: von der Abfallentsorgung über die Schneeräumung bis zur Verkehrsplanung, von der Parkpflege zum öffentlichen Verkehr. Was damals systemrelevant war, ist heute wieder selbstverständlicher Service public. Die Pandemie und die Massnahmen zu deren Bekämpfung haben unsere Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt. Es gab sehr gehässige Diskussionen, aber auch viel Hilfsbereitschaft. Wir haben die Auseinandersetzungen schliesslich auch dank unseres politischen Systems bewältigt, das auf Debatte angelegt ist. Die Covid-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, den Dialog zu pflegen. Alle sollen gehört werden. Nur so finden wir breit abgestützte Kompromisse. Im Rückblick können wir dankbar sein, dass wir über gesunde Finanzen und ein starkes soziales Netz



verfügen. Wir haben in der Schweiz die Krise auch deshalb gut überstanden, weil wir es uns leisten konnten,

Kurzarbeit einzuführen, rasch und unkompliziert Kredite zu verleihen und den Erwerbsausfall zu entschädigen. Unsere Institutionen sind stark, das soziale Netz hat gehalten. Was also bleibt? Intensive Erinnerungen. Die Sicherheit, dass der Staat im Notfall da ist. Und ein Virus, das für viele seinen Schrecken verloren hat, aber bei einigen noch immer zu schwerer Erkrankung führt. Es bleiben aber auch Zuversicht und Optimismus. Trotz der vielen Krisen, die wir gerade durchleben. Wer pessimistisch ist, rechnet mit dem Schlimmsten und neigt zu Resignation. Die Pandemie hat uns gelehrt, dass wir mit Zuversicht mehr erreichen. Zuversicht hilft uns, Probleme zur Kenntnis zu nehmen und zu lösen. Wer zuversichtlich ist, glaubt an die Verbesserung der Verhältnisse. Und das sollten wir unbedingt tun.

Marieke Kruit war Journalistin, dann Psychotherapeutin. 2021 wurde sie für die SP in die Exekutive der Stadt Bern gewählt, 2024 gewann sie die Wahl zur Stadtpräsidentin.

Zurück in der (neuen) Normalität

Ich muss zugeben: Ich habe gern recht. Aber selbst ich wünsche mir manchmal, falsch zu liegen. Beim Durchlesen meiner letzten zwei Beiträge könnte ich zufrieden sein: a) Es wird wieder geflogen – und wie...! b) Soziale Kontakte sind wieder möglich und normal. c) Mein Wohnzimmer ist keine Turnhalle mehr.

Was ich aber auch sehen muss: Online-Shopping hat sich etabliert und führt nun zum Sterben von Ladengeschäften. Masken sind aus der Öffentlichkeit komplett verschwunden, obwohl sie bei dauerhaltenden Mitreisenden im öV durchaus angebracht wären. Und die überraschende Solidarität wurde wieder durch den allgegenwärtigen Egoismus ersetzt. Die Pandemie ist überwunden und unse-



re Leben haben sich wieder normalisiert. Wir können uns wieder frei bewegen, und die Erinnerung an die weitreichenden Einschränkungen verblasst langsam. Allerdings geht es nicht allen so. Eine Mehrheit der Restaurants in der Schweiz hat die vom Bund zur Verfügung gestellten Kredite noch nicht zurückzahlen können und schaut in eine ungewisse Zukunft. Durch die Einschränkungen hat fast eine Generation von Jugendlichen eine wichtige Phase ihres Erwachsenwerdens verpasst und leidet darunter, wie die stark gestiegene Nachfrage nach psychologischer Betreuung zeigt.

Beim Homeoffice zeigen sich verschiedene Tendenzen: Manche Firmen möchten ihre Mitarbeitenden lieber wieder im Büro haben, da sie ihnen offensichtlich nicht zutrauen, zuhause die gleiche Leistung zu erbringen. Andere haben einen Teil der Arbeitsplätze eingespart und ermutigen ihre Angestellten, weiterhin Homeoffice zu machen. Nur wenige Arbeitgeber haben bemerkt, dass Homeoffice auch ein Vorteil im Kampf um die besten Talente sein kann, und bieten es als Option an. Wer recht behalten wird, muss die Zukunft zeigen.

Um die Medienkompetenz schliesslich ist es leider weiterhin schlecht bestellt. Niemand scheint mehr für redaktionelle Beiträge zahlen zu wollen. Daher begnügen sich immer mehr Menschen mit den Agenturmeldungen in Gratiszeitungen oder gar den sehr fragwürdigen Beiträgen in sozialen Medien. Aber es scheint ja wichtiger, empört als informiert zu sein...

Auch bei mir hat sich einiges geändert. Ich habe mal wieder die Stelle gewech-

selt. Nach drei Jahren bei den SBB bin ich wieder in die Aviatik (und zum VPOD) zurückgekehrt und arbeite nun als Flight Dispatcher bei der Swiss.
Bleibt gesund (und informiert)!

Paul Linsmayer ist – nach einem Intermezzo bei den SBB – Flight Dispatcher bei der Swiss.

Das Märchen von den drei Wünschen

Nun also wieder ein Blick in den Corona-Rückspiegel. Was kommt da alles ins Blickfeld!

In meinem Beitrag von 2021 hatte ich bei der guten Fee drei Wünsche deponiert. Was ist daraus geworden? Sind sie in Erfüllung gegangen?

Leider muss ich feststellen, dass sich die gute Fee zwar sicher redlich bemüht hat. Aber sie hatte wohl nicht genug Power im Feenstab, um gegen die bösen Mächte anzukommen, die in unserer Welt ihr Unwesen treiben. Das ist eben die Realität des Jahres 2025, in der wir leben. Und kein Märchen.

Die Erfüllung meines umfangreichsten Wunsches – gesellschaftliches Umdenken, weg von Profitmaximierung, hin zu achtsamem Umgang mit Mensch und Natur – scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Die allgemeine Marschrichtung ist eine andere. Die weltpolitische Lage macht da wenig Hoffnung.

Mein zweiter grosser Wunsch in Bezug auf unsere Gesellschaft lautete: den Gedanken der Solidarität leben und fördern. Auch das ist angesichts der politischen Entwicklungen und ihrer aktuellen Wortführer im Grossen nicht in Erfüllung gegangen. Aber doch immerhin lokal, hier in Basel, für uns Berufsmusiker*innen: Dank der grossartigen Unterstützung und Solidarität des VPOD konnte bei einer Volksabstim-

mung im November 2024 eine massive Subventionskürzung bei den Orchestern verhindert werden.

Wunsch Nr. 3 – die Konzertsäle mögen sich wieder füllen – wird sich also weiterhin umsetzen lassen. Unser Publikum ist uns durch alle Corona-Widrigkeiten treu geblieben. Und auch wenn sich seit der Pandemie planungs- und organisations-technisch einiges geändert hat: Unsere Musik erklingt im Saal und erfreut die Zuhörerschaft! Live! Vor echten

Leuten!

Dafür ein grosses Dankeschön allen, die das ermöglichen – vielleicht ist ja auch eine Fee dabei?!

Ulrike Mann ist Kontrabassistin im Sinfonieorchester Basel.



Dann mal wieder weg

Seit ich pensioniert bin, versuche ich mehr denn je, dem Nebel des Mittellandes zu entfliehen. Aus der Stadt Schaffhausen bin ich nach Lohn gezügelt, auf die Höhen des Reiat, wo viel häufiger die Sonne scheint als unten im Tal. Aber noch mehr scheint sie natürlich in Lateinamerika, wo ich gerade auf Reisen bin: In Mexiko lebt mein Sohn, und in Havanna besitze ich gemeinsam mit meiner kubanischen Familie eine Wohnung. Ich würde mich aber nicht als Jetsetterin bezeichnen, eher als Weltenbummlerin – mit Betonung auf «bummeln». Und noch besser gefiele mir eigentlich der Begriff Erdenbürgerin. Man kann mehrere

Heimaten haben auf unserem schönen Planeten...

Froh bin ich, dass es mir gelungen ist, die personellen Wechsel beim VPOD Schaffhausen gut über die Bühne zu bringen. Mit Matthias Frick haben wir ein Animal politique als Sekretär gewinnen können. Als Grossstadtrat und als Sekretär von SP und kantonalem Gewerkschaftsbund ist er ideal vernetzt. Und dass er Berge versetzen kann, hat er mit «seinem» Referendum gegen die Axpo-Verträge bewiesen. An dieser Stelle muss ich aber auch den scheidenden Sekretär loben, Micha Amstad, der sich jetzt voll auf seine Aufgaben im VPOD-Zentralsekretariat konzentrieren will. Als ich die Abschiedsrede verfasste, sind mir fast die Adjektive ausgegangen – so gut und engagiert und geschickt hat er sich hier eingebracht. Die kommende VPOD-Generalversammlung im August wird meine letzte als Präsidentin sein, aber auch bei dieser Nachfolge sind wir auf Kurs.

Wenn ich an die Corona-Zeit zurückdenke, fallen mir viele Dinge ein, die ich mir wirklich nicht zurückwünsche: die Einsamkeit, die geschlossenen Beizen, die Unmöglichkeit, Kultur vor Ort zu erleben. Das war für eine gesellige und kulturraffine Person wie mich damals ein Horror. Als ich zum ersten Mal wieder an ein Livekonzert durfte, habe ich den ganzen Abend lang vor Glück in meine Maske geheult. Leider ist aber mit den Masken auch die Solidarität wieder von den Menschen abgefallen. Wie wurde dem Pflege- und Betreuungspersonal damals zugejubelt. Genützt hat's nichts: Die Beschäftigten in den Spitälern und in den Alters- und Pflegeheimen ste-

hen genau dort, wo sie schon vor Corona standen – sie sind unterbezahlt, in Unterzahl, ungehört, immer an der Belastungsgrenze. Dass so ein Jahrhundertereignis wie die Pandemie nicht geholfen hat, die Gewichte und die Finanzströme in die rich-



tige Richtung zu verschieben, finde ich sehr bedauerlich. Regelrecht frustrierend finde ich das!

Nella Marin bewegt sich als Frühpensionierte zwischen Lohn (SH) und Lateinamerika; zuvor war sie Co-Leiterin im städtischen Kinderhort Schaffhausen.

Lektion nicht gelernt

Schon den Text zu den Chroniken II habe ich mit dem letzten Abschnitt der Chroniken I begonnen. Darum steht auch dieses Mal der Schluss des zweiten Textes am Anfang des dritten: Auch sonst nähern wir uns glücklicherweise wieder dem Schulalltag, den wir so lange vermisst haben: Theater spielen, Kunstwerke präsentieren, dazu Eltern einladen und selbst Veranstaltungen besuchen. Das ganze vorerst noch klassenintern, aber auch da sind Lockerungen in Sicht.

Der Abschnitt zeigt wunderbar auf, was die Schüler*innen und ich am meisten vermisst haben. Da geht es nicht um Mathe oder andere fachlichen Inhalte, da geht es

viel eher um Talente, Interessen, Stärken und Begabungen in anderen Bereichen, um überfachliche Kompetenzen, die genauso wichtig sein sollten. Und da wäre er dann auch schon, der grosse Kritikpunkt. Denn wir haben leider nicht gelernt, was wirklich wichtig ist im und fürs Leben. Nach wie vor entscheiden die Leistungen in Mathe und Deutsch über Schullaufbahnen und Lebenswege.

Dabei haben unsere Schüler*innen so viel mehr Stärken, die wir dringendst beachten und vor allem wertschätzen sollten. Zudem hat die Zeit des Fernlernens klar und deut-



lich aufgezeigt, dass eine gute Beziehung zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen den grössten Einfluss auf erfolgreiches Lernen hat. Diese Beziehung wird in der Mittelstufe auf eine harte Probe gestellt. Denn neben dem Fördern und Begleiten auf individuellen Wegen muss ich nun selektieren. Eine Handvoll Fächer entscheidet, wer zu den Erfolgreichen zählt.

Diese Zeit ist für Schüler*innen, die ihre Stärken nicht in den Hauptfächern haben, sondern andere Talente aufweisen, unglaublich belastend. Sie rennen Zielen hinterher, die sie nicht oder noch nicht erreichen können. Sie erhalten ungenügende Beurteilungen, und Erfolgserlebnisse bleiben aus. Das zermürbt! Sie kommen durch die Gesellschaft, die Eltern oder auch durch sich selbst so unter Druck, dass sie die Lust am Lernen und die Freude an der Schule verlieren.

Ich habe mein Fazit daraus gezogen und ich will, dass alle Talente gesehen werden und dass allen Kindern und Jugendlichen genügend Zeit gegeben wird, diese zu entdecken, zu fördern und weiterzuentwickeln!

Darum habe ich zusammen mit einem Verein die Initiative «für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I» lanciert. Ich freue mich auf viel Unterstützung: www.selektionsfrei.ch.

Katrin Meier ist Primarlehrerin auf der Mittelstufe im Schulhaus Hirschengraben in der Stadt Zürich

Grüsse aus Thailand

Die Zeit vergeht schnell und mit dem Alter noch schneller. Fünf Jahre seit dem ersten Lockdown? Nur eines ist sicher: Ich habe diese Zeit überlebt, was leider nicht auf alle zutrifft. Covid hat meinem besten Freund, einem Kollegen der VPOD-Gesundheits-

kommission, das Leben genommen. Thierry Humbert-Droz, R.I.P.

Was haben wir aus dieser Zeit gelernt? Hat sich etwas verändert in unserer Gesellschaft? Leider trifft auch hier das Sprichwort von Mahatma Gandhi (eigentlich hat schon Hegel etwas Ähnliches formuliert): Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt. Während der Corona-Phase hatten wir die Hoffnung, dass sich das Verständnis des Service public in der Gesellschaft ändern würde. Dass sich die Einsicht durchsetzen würde, dass wir den Service public stär-



ken müssen, um künftige Katastrophen zu meistern. Anfangs war die Motivation gross. Im Gesundheitsbereich haben wir mobilisiert und Veränderungen gefordert. Die Bevölkerung hat uns unterstützt und dies mit einem klaren Ja zur Pflege-Initiative auch an der Urne bestätigt.

Und was ist danach passiert? Nichts ausser Gerede und Pflasterlipolitik. Das Ausbluten im Gesundheitswesen geht weiter. Pflegende verlassen den Beruf, die Branche. Und wie reagiert die Politik? Mit der Schliessung von Spitälern. Mit einer noch grösseren Verdichtung der Arbeit. Was natürlich zu noch grösserer Belastung der Verbleibenden führt. Auch die Bevölkerung leidet: langes Warten im Notfall, langes Warten auf die OP. Bettenschliessungen wegen Personalmangels gehören schon zur Normalität. Und froh ist, wer eine private Zusatzversicherung hat.

Frustration hat vielerorts überhandgenommen. Die Mitarbeitenden schauen, dass sie den Tag überstehen. Sie konzentrieren sich auf die Familie oder darauf, einen neuen

Job zu finden – vielleicht in der Administration, wo es geregelte Arbeitszeiten und bessere Entlohnung gibt. So wird allerdings das Kämpfen in den Spitälern immer schwieriger. Ich war mit meinem Latein bzw. meinem Deutsch-Französisch am Ende und habe das Feld 2023 geräumt. Jetzt muss die neue Generation mit neuer Energie ran. Ich bin im selben Jahr noch nach Thailand ausgewandert – in jenes Land, in dem ich 2020 während drei Monaten coronahalber festsass.

Vom hiesigen harten Lockdown hat sich der Tourismus gut erholt. Die Thais als Stehaufmenschen? Auch nach dem verheerenden Tsunami – 20 Jahre ist das jetzt her – sind sie in gleicher Weise wieder aufgestanden. Und haben dabei weder ihre Freundlichkeit noch ihr Lächeln verloren. Erst helfen, dann lernen, und zum Schluss: sich anpassen. Das ist irgendwie das Gegenteil vom Gandhi-Spruch oben ...

Wolfgang Müller war Ausbilder/Coach am HFR Freiburg und Mitglied des VPOD-Landesvorstandes. Seit 2023 lebt er in Thailand.

Als wir die Vögel singen hörten

Denke ich an den Lockdown in der Nacht, bin ich dankbar. Was für ein Glück, dass die «Bleiben Sie zuhause»-Regel ausser Kraft ist. Dass ich wieder im direkten Austausch stehen kann. Dass Masken nicht mehr zum Outfit gehören und ich wieder in den Gesichtern lesen kann. Auch in der Politik wurde schnell klar, wie viel da in direktem Kontakt besprochen wurde, wenn es galt, fruchtbare Lösungen zu finden. Schnell haben wir nach der Pandemie diese Gepflogenheiten wieder aufgenommen.

Corona hat bewusst gemacht, dass eine Gesellschaft nicht immer alles im Griff hat. Plötzlich rollte eine lebensbedrohliche Krise heran, und niemand hatte ein Rezept. Inzwischen ist klar: Es braucht eine funktionierende Notfallorganisation, die jederzeit aus dem Schlafmodus geweckt und aktiviert werden kann.

Offensichtlich wurde in der Krise die Bedeutung eines funktionierenden Service public. Grundversorgung für alle – das musste weitergehen, trotz dem Virus. Man hätte erwarten dürfen, dass sich die Politik diese Erfahrung zu Herzen nimmt, dass sie den Service public auch als Vorsorge stärkt und die Lücken schliesst. Welch ein Irrtum! Die bürgerliche Mehrheit fährt wider alle Erkenntnisse eine Politik des schlanken Staates und baut ab. Und ab. Und ab.

Die Spaltungen in der Gesellschaft und die Verhärtung der Diskussion begleiten uns noch immer. Die Bereitschaft für echte Debatte, für die ehrliche Suche nach tragfähigen Lösungen ist deutlich kleiner geworden. Die letzten nationalen Wahlen mit den bürgerlichen Sitzgewinnen haben die Tendenz verschärft.

Was war noch? Gefreut haben wir uns an der guten Luft und dem Vogelgezwitscher, das plötzlich hörbar wurde, weil der Verkehr fehlte. Die menschgemachte Umweltbelastung zeigte sich eklatant. Leider war auch diese Erkenntnis von kurzer Dauer. Es wird wieder geflogen, als ob es kein Morgen gäbe, der Verkehr staut wie vor Covid, und das Thema Klima dümpelt im Hintergrund.

Während der Pandemie musste ich mir anhören, die Schweiz sei zu einer Diktatur mutiert. Bitte? Wir haben dreimal über das Covid-Gesetz abgestimmt! Wo sonst auf der Welt gibt es sowas? Wir sind uns viel zu wenig bewusst, welches Privileg wir mit unserer Direktdemokratie besitzen. 2024 haben wir den Bürgerlichen mit unseren Volksrechten dreimal einen Strich durch die Rechnung gemacht: Wir haben die 13. AHV gewonnen, den BVG-Bschiss versenkt und den gigantischen Autobahnausbau gestoppt.

Erschreckend ist für mich das Erstarken der Diktatoren und der Rechten – auch in der Schweiz mit der rückwärtsgewandten

Politik der drei «A»: Armee, Autobahnen und AKW. Woke ist out, im Aufwind sind der Machismo und die Ausgrenzung. Umso wichtiger ist unser Widerstand, ist das

gemeinsame Einstehen für eine solidarische und gerechte Welt, die auf Chancengleichheit baut. Das wäre die richtige Lektion aus Corona.

Katharina Prelicz-Huber ist Nationalrätin der Grünen. Von 2010 bis 2023 war sie Präsidentin des VPOD.



Das Ende für den Bodensee

Fünf Jahre, gefühlt zehn, nach Covid; die jüngeren Bewohner von Ermatingen machen sich Sorgen; es heisst, schon in 20 000 Jahren sei das Bodenseebecken mit Geschiebe aus dem Bündnerland (immer diese Bündner!) aufgefüllt. Wir hatten Glück, wir haben das Ruderboot noch verkauft, bevor die Preise gefallen sind.

Damit die lesenden VPOD-Fans sich in die tiefsten Tiefen der tiefen Seele des Schreibenden einfühlen können, hier zunächst eine kleine Auswahl seiner Lieblingsprüche: *Als die Spitzengruppe von einem Zitronenfalter überholt wurde, gaben mehrere Radfahrer das Rennen auf. – Wir hatten zwei Windmühlen, doch eine mussten wir abreißen, es war nicht genug Wind für beide da. – Ich möchte zwei kleine Hunde sein und miteinander spielen. – Religion ist, wenn einer sagt: Gib mir Geld, sonst geht es dir nach dem Tode ganz schön dreckig.*

Die Kleidersammelstellen fordern auf, Kleider und Schuhe abzugeben, aber bei dieser Kälte: Wie kommt man dann noch nachhause? – Keiner ist unnützlich, er kann immer noch als schlechtes Beispiel dienen.

Neue Papiere werden alt, und in diesem Spannungsfeld leben die Gewerkschaften.

So, jetzt haben Leserinnen und Leser ei-

ne Ahnung, wie der Schreibende tickt. Sie werden hoffentlich nicht weiterlesen, denn es folgt eine ganz schlimme, aber natürlich von A bis Z erstunkene und erlogene Geschichte.

Professor Eichenhauer von der hochkarätigen Arbeitsgruppe zur Sanierung der AHV hatte die zündende Idee: Notrecht! Wie damals bei Covid! Denn es war immer schon klar, dass unser kleinnütziges Parlament den Vorschlag «Höchster 80 Jahre für Männer, 79 für Frauen» nicht durchwinken würde. Bei Erreichen dieses Alters würde ein neues Bundesamt den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine freundliche Aufforderung zustellen, sich innerhalb der nächsten 30 Tage bei einer Sterbehilfeorganisation zu melden. Natürlich nur bei einer mit Gütesiegel zertifizierten. Natürlich fände diese doch etwas abrupte Massnahme nicht überall Anklang. Aber hey, schlussendlich geht es um etwas ganz Grosses, etwas, das unsere Epoche prägen würde: Das drohende AHV-Defizit würde verhindert. Dieses hehre Ziel rechtfertigt kleinere Opfer. Der argentinische Präsident Milei soll sich schon sehr für den Vorschlag interessieren. So könnte die Schweiz auch wieder einmal international punkten.

Jim Sailer ist pensionierter VPOD-Sekretär Luftverkehr und wohnt in Ermatingen.



Wofür es sich lohnt

Nun sind schon fünf Jahre vergangen, seit uns am Freitag, 13. (!) März 2020, die gesamtschweizerische Schulschliessung verkündet wurde. In der Rückschau scheint die Zeit rasch verflossen. Aber damals waren es lange Wochen und Monate.

Im Mai 2020, als die ganze Welt mitten in der Coronapandemie steckte, schrieb ich über die Unsicherheiten und Ängste, die der Lockdown bei mir auslöste. Meine Gedanken drehten sich um die Herausforderungen des Fernunterrichts. Ich sorgte mich um die Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Ich hatte die Hoffnung, dass man sie auch nach der Wiederaufnahme des Vor-Ort-Unterrichts nicht vergessen würde. Und ich sinnierte über Ruhe und Gleichförmigkeit, die der Lockdown in meinen Alltag gebracht hatte. Und die mir damals willkommen waren.

Ein gutes Jahr später, im Sommer 2021, war die Lage etwas anders. Das neue Schuljahr begann ordnungsgemäss. Die Impfkampagnen nahmen Fahrt auf, die Debatten übers Impfen auch. Nicht nur die Reihenfolge der zu impfenden Berufsgruppen gab Anlass zu Streitgesprächen, auch die Frage, ob man Sterbenden den Kontakt zu ihren Angehörigen verwehren dürfe, spaltete die Öffentlichkeit. Ich wollte «Der Ethik eine Stimme geben» – so lautete die Überschrift zu meinem damaligen Beitrag. Im Februar 2021 hatte ich mein CAS-Studium «Angewandte Ethik» aufgenommen.

Heute blicke ich auf diese beiden Zeitpunkte zurück und sehe, dass sich mein Leben und meine Perspektive tatsächlich verändert haben. Dazu gehört die Erfahrung, dass sich Prioritäten verschieben können. Was

mir früher wichtig war, ist heute vielleicht zur Nebensache geworden. Oft denke ich: Es ging ja auch einmal ohne...

Die Schule hat sich für mich als DaZ-Lehrerin nicht nachhaltig verändert. Es ist



eher mein Privatleben, das diese Entwicklung widerspiegelt: Ich habe gelernt, die Zeit zu Hause zu geniessen. Das mangels sonstiger Zerstreuungsmöglichkeiten während der Pandemie abgeschlossene Spotify-Abo habe

ich bis heute nicht gekündigt. Und es ist mir bewusster denn je, wie wertvoll persönliche Begegnungen sind. Obwohl ich Restaurantbesuche noch immer liebe, wird bei mir heute vermehrt selbst gekocht – gerne auch für Gäste. Am stärksten wirkte sich die Auszeit im Jahr 2020 auf meine aktuell wichtigste Lebensentscheidung aus: Ich werde meine Tätigkeit als Volksschullehrerin im Sommer mit 63 «frühzeitig» beenden.

Die Verliererinnen und Verlierer der Pandemie sollen nicht vergessen sein. Ich möchte an die Menschen mit Long-Covid-Erkrankungen erinnern. Und an jene, die noch kurz vor dem Lockdown ein eigenes Geschäft gegründet hatten. Elan, Einfallsreichtum und staatliche Unterstützung retteten sie vielleicht über die erste Krise hinweg. Viele sind dennoch in Konkurs gegangen.

Susann Wach ist Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und steht kurz vor der Pensionierung.

Anschlag auf Gewerkschaftsdemo in München im Februar – 2 Tote, vielfältige Solidaritätsbekundungen

«Gegen Instrumentalisierung»

In München ist im Februar eine Demo der Gewerkschaft Verdi das Ziel eines islamistisch motivierten Anschlags geworden. Eine 37-jährige Kollegin und ihr 2-jähriges Kind wurden getötet. Hinterbliebene und Gewerkschaft trauern und wehren sich gegen politische Instrumentalisierung. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Werner Bachmeier)



Blumen- und Kerzenmeer an der Gedenkveranstaltung in München (stehend links in Schwarz: Oberbürgermeister Dieter Reiter).

Es ist der schwerste Angriff auf eine gewerkschaftliche Veranstaltung in Deutschland seit dem Ende der Naziherrschaft: Ein 24-jähriger Afghane fuhr im Februar nahe beim Münchner Hauptbahnhof mit seinem Auto mit brutaler Wucht in das Ende eines rund 2000-köpfigen Demonstrationszugs der Gewerkschaft Verdi. Dabei wurden rund drei Dutzend Menschen zum Teil schwer verletzt (einige befanden sich bei Redaktionsschluss immer noch im Spital); eine Mutter und ihr zweijähriges Kind starben an ihren Verletzungen. Die Behörden gehen von einem islamistisch motivierten Attentat aus.

Aufgeheizte Stimmung

Die Kommunikation direkt nach dem Vorfall zeigt, wie aufgeheizt die Stimmung zum Thema Migration in Deutschland ist. Entgegen den ersten Angaben hielt sich der Täter durchaus legal in Deutschland auf; sein abgelehnter Asylantrag war in eine Duldung umgewandelt worden. Auch war der Täter nicht, wie vom bayerischen Innenminister zunächst behauptet, wegen Ladendiebstahls

Säulen unserer Demokratie. Dieser Angriff richtet sich damit nicht nur gegen unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern gegen unsere demokratischen Grundwerte.» Jegliche Meinungsmache und Hetze im Zusammenhang mit dem Anschlag lehne man ab. Ähnlich äusserte sich auch die Familie der getöteten Verdi-Kollegin, die in Algerien geboren ist und im Alter von 4 Jahren nach Deutschland kam. In Köln und in Bingen studierte sie Umweltwissenschaften, seit 2017 war sie als Projekt- und Sachgebietsleiterin bei der Landeshauptstadt München angestellt. Im Statement von Familie und Freunden heisst es: «Amel war ein Mensch, der sich für Gerechtigkeit eingesetzt hat. Wir möchten bekräftigen, dass der Tod und der

vorbestraft; vielmehr arbeitete er als Kaufhausdetektiv! Die Gewerkschaft Verdi machte trotz dem Entsetzen und der Erschütterung sogleich klar, dass sie sich einer politischen Instrumentalisierung der Tat entschieden entgegenstellt. Der Verdi-Landesbezirk teilte mit, die Gewerkschaft stehe für ein friedliches und solidarisches Miteinander in der Gesellschaft: «Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das Streikrecht sind fundamentale

Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren.»

«München steht für Vielfalt»

An über 100 Orten in Deutschland fanden in den folgenden Tagen Gedenkfeiern und Solidaritätsbekundungen statt. Bei der zentralen Kundgebung unweit des Tatortes in München sagte der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke: «Wir sind zutiefst erschüttert und fassungslos angesichts des Todes einer Mutter und ihres Kindes. Die Trauer über das Leid der Opfer des Anschlags von München ist schier unermesslich.» Man stehe in gemeinsamer Verantwortung ein für den Erhalt der Demokratie. Die grosse Anteilnahme und Solidarität seien «ein Licht in diesen dunklen Tagen» und gäben die «Kraft, die wir jetzt so dringend gebrauchen».

Der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) dankte den Helferinnen und Helfern, die geistesgegenwärtig die Initiative ergriffen hätten in dem Moment, in dem das «sinnlose Verbrechen mit Wucht Dunkelheit und Leere geschaffen» habe. Den

Hass, den der Täter habe schüren wollen, werde man, bei aller Fassungslosigkeit, nicht den Sieg davontragen lassen: «Wir stehen dagegen. In München leben Menschen aller Nationen, das ist ein Gewinn. München steht für Vielfalt, Respekt und Chancengleichheit und lässt niemanden allein.» Man werde die Getöteten im Herzen tragen.

Frank Werneke, Verdi-Vorsitzender, sucht nach Kraft und Licht nach dem sinnlosen Anschlag.





Zwei Fluggäste, viele Streikende:
Flughafen München.

Freier Himmel über Deutschland

«Wir hoffen auf Ihr Verständnis und darauf, dass die Arbeitgeber endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und mit uns eine faire Lösung aushandeln. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und wünschen Ihnen, dass Ihre nächste Reise reibungslos verläuft.» Dies schreibt

die Gewerkschaft Verdi, die an einem Montag im März alle grossen Flughäfen Deutschlands – Berlin-Brandenburg, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe/Baden-Baden, Köln/Bonn, Leipzig-Halle, München, Stuttgart und Weeze – mittels Streiks lahmlegte; gut eine halbe Million Fluggäste blieb auf der Strecke. Gestreikt haben Beschäftigte über alle Gewerke hinweg: von der Flughafenverwaltung über die Bodenabfertigung bis zur Luftsicherheit. Der Arbeitgeber habe auch nach zwei Runden noch kein angemessenes Angebot abgegeben; Verdi fordert 8 Prozent mehr Lohn. | [verdi/vpod](#) (Foto: Keystone)

Sanktionen umsetzen!

Die entwicklungspolitische Organisation Public Eye verlangt von der Schweiz eine konsequente Umsetzung der Sanktionen

gegen Russland. Public Eye beklagt, dass die Schweiz Schlupflöcher offenlässt und damit die Interessen ihres Rohstoffhandelsplatzes schützt – zulasten der Ukraine. «Behörden und Bundesrat beugen sich lieber dem Lobbying des Rohstoffhändlerverbands, als diesem Hochrisikosektor die überfälligen gesetzlichen Leitplanken zu setzen», so der Vorwurf. Kritisiert wird überdies die Ausnahme, die der Bundesrat am 14. EU-Sanktionspaket angebracht hat. Danach müssten Unternehmen sicherstellen, dass ihre ausländischen Töchter die Sanktionen nicht untergraben. Für die Schweiz gilt die Vorschrift nicht: Die «Vermeidung rechtlicher Unsicherheit» wurde als Begründung für das Ausscheren angegeben. Es ist laut Public Eye «allerhöchste Zeit für eine Rückbesinnung auf die politische Verantwortung der Schweiz». Die Sanktionen gegen Russland gehörten

Wirtschaftslektion GAV verhindert Tiefstlöhne

Während die Auswirkungen staatlicher Mindestlöhne in einer Vielzahl von Studien dokumentiert sind, gibt es kaum Untersuchungen zu den Effekten von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV). GAV gibt es in zahlreichen Ländern; für die Gestaltung der Arbeitswelt sind sie ein bewährtes Instrument.

In der Schweiz sind mehr als 2,1 Millionen Arbeitnehmende einem GAV unterstellt. Und knapp 1,2 Millionen Beschäftigte sind einem GAV unterstellt, der allgemeinverbindlich erklärt wurde. Dies bedeutet, dass innerhalb einer Branche auch Unternehmen, die nicht dem vertragsschliessenden Arbeitgeberverband angehören, die GAV-Bestimmungen einhalten müssen.

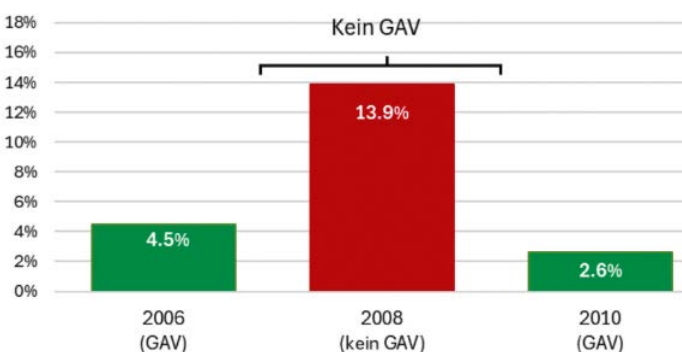
Viele GAV enthalten neben Regelungen zur Wochenarbeitszeit, zu Kündigungsfristen, zu Mutter- und Vaterschaftsurlaub oder zur Anzahl Ferientage auch Mindestlöhne. Im Gegensatz zu einem

staatlichen Mindestlohn, der lediglich eine einzige Lohnuntergrenze festlegt, sind in einem GAV in der Regel viele verschiedene Mindestlöhne festgelegt, die sich je nach Art der Tätigkeit, Ausbildung, Berufserfahrung usw. unterscheiden. Was für Auswirkungen haben sie auf die Löhne der Beschäftigten?

Eine Masterarbeit der Uni Bern, basierend auf einer von der KOF ETH erstellten GAV-Datenbank, bringt etwas Licht ins Dunkel – zumindest für die Coiffeurbranche, einem für niedrige Löhne berichtigten Sektor. Dort galt bis ins Jahr 2007 ein allgemeinverbindlich erklärter GAV. Anschliessend gab es für zwei Jahre einen vertragslosen Zustand, da sich die Sozialpartner nicht auf einen neuen Vertrag einigen konnten. 2009 wurde der GAV dann wieder eingeführt.

Was für Folgen hatte das temporäre Fehlen des GAV? Die Studie beleuchtet die Auswirkungen auf Beschäftigte mit einem Ausbildungsabschluss. Sie zeigt, dass der Anteil Tieflohnerinnen in der (stark weiblich geprägten) Coiffeurbranche massiv anstieg, als die Mindestlöhne nicht mehr galten. Unter dem alten GAV-Regime, im Jahr 2006, verdienten 4,5 Prozent der gelernten Arbeitnehmenden einen Lohn unterhalb des Mindestlohns für Gelernte mit EBA-Abschluss (also weniger als 2880 Franken pro Monat bei einer 43-Stunden-Woche). Im Jahr 2008, als der GAV fehlte, waren es knapp 14 Prozent. Dies entspricht einer Verdreifachung in 2 Jahren. Kaum wurde der GAV mit neuen, etwas höheren Mindestlöhnen wieder eingeführt, fiel der Anteil derjenigen, die weniger als 2880 Franken verdienen, auf 2,6 Prozent zusammen. Dies zeigt, wie wirksam (allgemeinverbindlich erklärte) Gesamtarbeitsverträge bei der Verhinderung von Tiefstlöhnen sind.

Anteil Gelernte mit Lohn unter 2880 CHF



Quelle: Roth et al. 2024: Der GAV im Coiffeurgewerbe verhindert Tiefstlöhne

| Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich

lückenlos durchgesetzt – erst recht vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung in den USA. | *pe/slt*

IÖD besorgt über WHO-Zukunft

Die Internationale der öffentlichen Dienste IÖD/PSI ist der einzige Gewerkschaftsdachverband, der offizielle Beziehungen zur Weltgesundheitsorganisation WHO unterhält. Aus dem Bericht von der letzten Exekutivratssitzung spricht tiefe Besorgnis über die künftige Entwicklung der Organisation. Sowohl die USA als auch Argentinien haben angekündigt, sich aus der WHO zurückzuziehen; Ungarn wird möglicherweise folgen. Allein die USA tragen rund 15 Prozent zur Finanzierung der WHO bei. Der Wegfall von so viel Geld wird die Organisation vor schwere Probleme stellen. Der Gewerkschaftsdachverband beklagt, dass über die finanziellen und institutionellen Folgen

der Austritte an der Sitzung kaum diskutiert wurde. Dabei ist die staatlich geführte internationale Zusammenarbeit in besorgniserregender Weise gefährdet; es droht eine Verlagerung auf private Finanzierung, die in gefährliche Abhängigkeiten führen dürfte. | *psi/slt* (Foto: Guilhem Vellut/flickr CC)

Österreich: Schwerarbeit Programm

In Österreich, wo bekanntlich eine Rechtsausser-Regierung abgewendet werden konnte, hat das Dreierbündnis ÖVP/SPÖ/Neos jetzt ein Regierungsabkommen vorgelegt. Die Gewerkschaften GÖD und Yunion freuen sich, dass darin vereinbart ist, Pflegeberufe in die Schwerarbeitsregelung aufzunehmen. Das wird schon lange gefordert, weil es auch den Zugang zur Schwerarbeitspension erleichtern würde. Heute scheitern solche Anträge meist, weil die Regelung beispielsweise auf den



Viele Probleme, wenig Geld: Weltgesundheitsorganisation.

Kalorienverbrauch abstellt und weil sie die Mehrfachbelastung – etwa die Kombination physischer und psychischer Herausforderungen zur Nachtzeit – ausser Acht lässt. Das Regierungsprogramm, das diesen Missstand beseitigt, muss von den liberalen Neos noch abgesegnet werden, dann müssen Worten Taten folgen. | *slt*

Wer war's? Gebrauchslyrik

Gebrauchslyrik? Wer hat das Wort geprägt? Traut man Wikipedia, war's Bertolt Brecht. Wobei: Bei Brecht ist pauschaler Zweifel angezeigt. Nicht alles, was unter seinem Namen läuft, ist auch wirklich seinem Hirn entsprungen; zum Thema «geistiges Eigentum» besass der Meister eine je nach Sichtweise grosszügige oder lasche Einstellung. Bekanntermassen ist die «Dreigroschenoper» eine Koproduktion, zu der Elisabeth Hauptmann (eine Geliebte Brechts) mindestens ebenso viel beigesteuert hat wie Brecht selbst, ganz abgesehen davon, dass das ganze Werk die Bearbeitung eines bestehenden darstellt. Das Original: ein populäres britisches Singspiel von 1728, das seinerseits den Pomp von Handels Opern auf die Schippe nahm.

Wenn von Gebrauchslyrik die Rede ist – also von Gedichten, die um Alltagsthemen kreisen und die auf übersteigerte Allegorien und Metaphern verzichten – fällt allerdings nicht unbedingt Brecht als erster Name, sondern: Erich Kästner. «Herz auf Taille», «Lärm im Spiegel», «Ein Mann gibt Auskunft» und «Gesang zwischen den Stühlen» hiessen die Gedichtbände, die Kästner ab 1928 in rascher Folge publizierte: eine Art Destillat der neuen Sachlichkeit mit einem ironischen, oft auch sarkastischen Blick auf eine unübersichtliche Grossstadtrealität. Und in einer Sprache, die auch ohne Doktorat unmittelbar verständlich und deshalb hohe Kunst ist. Legendär ist die «Sachliche Romanze»: «Als sie einander acht Jahre kannten, / (und man darf sagen: sie kannten sich gut) / kam ihre Liebe plötzlich abhanden. / Wie andern Leuten ein Stock oder Hut.»

Joachim Ringelnatz, Kurt Tucholsky und Erich Weinert haben ebenfalls Gedichte geschrieben, die unter «Gebrauchslyrik» fallen. Und eine Frau. Ihr Name ist des Rätsels Lösung. Wieder handelt es sich um eine für das 20. Jahrhundert so typische zerrissene Biografie. In

Galizien geboren, kam sie als Kind nach Frankfurt am Main. In Berlin hatte sie mit ihren Texten zunehmenden Erfolg. Allerdings nahm auch die Bedrohung für sie als Jüdin zu; 1938 verliess sie Deutschland. Bis 1957 lebte sie in New York, ab da in Jerusalem. Dass sie in Zürich (auf dem Friedhof Oberer Friesenberg) begraben liegt, ist Zufall. Sie war auf der Durchreise, als sie tödlich erkrankte.

Am bewegendsten sind jene Gedichte, die vom Wiedersehen mit Berlin berichten – der Stadt, aus der sie vertrieben wurde und in die sie nicht zurückkehren mochte, weil alte Nazis auch weiter an Schalthebeln sassen – sogar in der Literaturjury, die ihr einen Preis verlieh. Wer war die heimat- und ruhelose Dichterin? Den Namen sende man mittels Briefpost bis 15. April an: VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich bzw. als Mail an: redaktion@vpod-ssp.ch. Erneut haben wir Büchergutscheine (je einen 100-, einen 50- und einen 20-fränkigen) als Preise parat gelegt. | *slt*

Es war Lew Termen

Das einzige berührungslos zu spielende Instrument? Man kann das Theremin so bezeichnen: Beide Hände fuchteln beim Spiel in der Luft herum, während vergleichbare Synthesizer, etwa die Ondes Martenot, zur Steuerung irgendeine Form von Körperkontakt verlangen. Es war der Russe Lew Sergejewitsch Termen (später in der US-Version: Leon Theremin), der dieses Instrument 1920 erfunden hat. Seine Lebensdaten (1896–1993) umfassen fast das ganze 20. Jahrhundert; Termen hat in den USA kommerziellen Erfolg gehabt und Stalins Gulag überlebt. Büchergutscheine senden wir an: Jürg Degen (Liestal), Hans Georg Bart (Grossaffoltern) und Martin Schneeberger (Solothurn). | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 28. Februar 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat im Zentralsekretariat in Zürich getagt und hat

- vom Rücktritt der Generalsekretärin Kenntnis genommen. Natascha Wey hat sich dazu entschlossen, ihr Amt niederzulegen, da sie feststellt, dass sie nach den ausserordentlichen Belastungen der vergangenen Jahre nicht genügend Energie für die Fortsetzung besitzt. Der Rücktritt erfolgt auf die Delegiertenversammlung vom November; bis Ende Januar 2026 wird die Scheidende noch zur Verfügung stehen, so dass eine gute Übergabe der Geschäfte möglich ist.
- eine Aussprache über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Zentralsekretariaten und dem Landesvorstand gehalten.
- beschlossen, an der Vernehmlassung zur Revision der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2) wegen der darin enthaltenen Bestimmungen zur 24-Stunden-Betreuung mit einer eigenen Eingabe teilzunehmen.
- eine jährliche Ausgabe von 25 000 Franken für eine Beteiligung am verbesserten SGB-Lohnrechner bewilligt. Das neue, stark überarbeitete Internettool soll künftig auch für die Mitgliederwerbung der beteiligten Verbände nutzbar sein.
- das Vorgehen für die Besetzung der freigebliebenen Zentralsekretariatsstellen (Gesundheit sowie Organizing) festgelegt.
- die vom VPOD-Kongress 2023 zusätzlich bewilligten Stellenprozente für die Arbeit im Migrationsbereich verteilt. Den Zuschlag erhielten die Projekte von Zürich (Nahverkehr; 20 Prozent), Neuenburg (10 Prozent) und Freiburg (10 Prozent).
- die vom Präsidenten verfasste Evaluation über das EFAS-Referendum angenommen und der Delegiertenversammlung des Verbandes zur Kenntnisnahme unterbreitet.
- den Aktionsplan zur Resolution «Ökosyndikalismus» validiert und zur Annahme als erste Etappe der Umsetzung an die Delegiertenversammlung weitergeleitet.
- ein Update der Personal- und Organisationsentwicklungsstrategie des VPOD kommentiert und zur Kenntnis genommen.
- die Haupttraktanden für die nächste Delegiertenversammlung (29. März,

online) festgelegt: Es soll über die Themen EFAS und Ökosyndikalismus sowie über die Nachfolge im Zentralsekretariat gesprochen werden. Vorzunehmen ist ausserdem eine Wahl in den Landesvorstand.

*Christian Dandrès, Präsident
Natascha Wey, Generalsekretärin
Philippe Martin, stv. Generalsekretär*

Korrigendum

VPOD-Magazin 1/2025: «Die Biologie fordert ihr Recht»

Die Übersicht über die von der Feministischen Kommission geforderten Verbesserungen rund um die arbeitsrechtliche Einbettung der Mutterschaft enthielt einen Fehler: Es wurde fälschlich behauptet, dass die Bestrebungen zur Einführung eines vorgeburtlichen Urlaubs im Kanton Genf am weitesten fortgeschritten seien. Aber: Der Kanton Basel-Stadt hat auf Anfang dieses Jahres für seine Mitarbeiterinnen einen vorgeburtlichen Urlaub eingeführt. Er erfüllt damit eine politische Forderung aus dem Parlament (Anzug Christoph Hochuli). Damit gewährt der Arbeitgeber Basel-Stadt insgesamt 19 Wochen Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub. | xw

Rote Köpfe

Eine Neubesetzung in Guy Parmelins Wirtschaftsdepartement WBF sorgt bei den Gewerkschaften für Ärger und Empörung: Der SGB bezeichnet die Wahl von **Jérôme Cosandey** zum Leiter der Direktion für Arbeit als «schlechtes Signal an die Arbeitnehmenden». Cosandey, der Nachfolger von Boris Zürcher wird, kommt direkt von der Denkfabrik Avenir Suisse, wo er marktradikale Positionen vertrat: Abschaffung des Lohnschutzes, Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau von Mindestregeln bei den Arbeitsbedingungen. «Dass diese Agenda nun mit dieser Fehlbesetzung in der Direktion für Arbeit Einzug erhält, ist eine Gefahr für die arbeitenden Menschen im Land», schreibt der SGB. Cosandey fehle so gut wie alles, was es für den Posten braucht: Er habe weder in der Arbeitsmarkt-



politik noch in der Sozialpartnerschaft Erfahrung, sei weder für Arbeitsvermittlung noch für Arbeitslosenkassen ein Fachmann und habe noch nie Verantwortung für grosse IT-Projekte getragen, wie sie im Seco zu verantworten seien. Auch namhafte Führungserfahrung und Know-how in tripartiten Strukturen gingen ihm ab.

Weniger aufregend eine kleine Rochade im Vorstand des gewerkschaftlichen PK-Netzes (in diesem Heft auf Seite 27: ein Porträt der Geschäftsführerin Eliane Albisser). Neu im Vorstand sind **Véronique Rebetez** von der Syna (für den scheidenden Adrian Wüthrich) und **Marcel Santschi** vom LCH (für die scheidende Susanne Oberholzer). Im Amt bestätigt sind der Präsident **Jordi Serra** und die weiteren Vorstandsmitglieder Brigitta Bernet (Unia), Matteo Antonini (Syndicom) und Andreas Cabalzar (Öffentliches Personal Schweiz, vormals Zentralverband).

Einen fulminanten Start hatte der neue Kinofilm von **Petra Volpe**, «Heldin» mit Hauptdarstellerin **Leonie Benesch**. Für Filmcoopi ist es der beste Start seit «Die göttliche Ordnung» (2017). Erstmals seit «Tschugger» führt damit wieder eine inländische Produktion die Schweizer Kino-Charts an. Auch in Deutschland und in



Österreich sei der Film erfolgreich angelaufen, so Filmcoopi. Gezeigt wird der hektische Arbeitsalltag einer Pflegefachfrau auf der Chirurgie eines Kantonsspitals; Thema ist also auch der sich zuspitzende Mangel an qualifizierten Pflegekräften. «Die grossartige Leonie Benesch als Floria durch ihre Schicht zu begleiten, heisst unmittelbar und atemlos mitzuerleben, wie sie den Strapazen eines chronisch überlasteten Systems eine schier unglaubliche Kraft und Empathie entgegensetzt», heisst es in der Film-Werbung; die NZZ findet den Streifen allerdings von zweifelhaftem künstlerischem Wert: «Der Schweizer Film versucht einen fiktionalen Dokumentarismus. Das kann nicht funktionieren. Die Dialoge sind forciert, die Patienten geschminkt, nicht krank.» Selber schauen gehen! | slt (Fotos: Avenir Suisse, Filmcoopi)

Der Versuch, den Hortleiterinnen geteilte Dienste mitten am Tag aufzuerlegen, scheiterte

Zerstückeltes Tagwerk

Um ihre Work-Life-Balance mit Erwerbs-, Familien- und Betreuungsarbeit aufrechtzuerhalten, hatte die Kollegin D. vor vielen Jahren ihr Arbeitspensum gekürzt. Nun wollte die Schulbehörde die verbliebenen 60 Prozent auf 4 Tage verteilen. Nicht mit D.! | Text: Sabine Braunschweig (Foto: natalie_board/iStock)

«Aus betrieblicher Notwendigkeit» entschied die Schulpflege, die Einsatzpläne ihrer Hortleiterinnen abzuändern. Als Kollegin D. darüber informiert wurde, kam sie ins Schleudern, denn sie hatte ihren Alltag mit Arbeit, Familie und Betreuung eines Elternteils so eingerichtet, dass sie alle Aufgaben unter einen Hut brachte. Sie hatte auch extra ihr Pensum von 80 auf 60 Prozent gekürzt, um nur noch an 3 Tagen arbeiten zu müssen. Pustekuchen: Im neuen Einsatzplan wurden die Arbeitsstunden auf 4 Tage verteilt: zwei ganze Tage und zwei halbe, «angeknabberte» Tage, sogenannte «geteilte Dienste» (Arbeitszeit: 10.30 bis 15 Uhr, also mitten im Tag).

Frauen- und familienfeindlich

Man räumte D. mit einer zweitägigen Frist das rechtliche Gehör ein. Sie schrieb darauf, dass sie mehrfach erklärt habe, dass eine andere Verteilung der Arbeitszeit für sie nicht zumutbar sei und dass sie einen solchen Umgang mit langjährigen Mitarbeiterinnen in einem «typischen Frauenberuf» als frauen- und familienfeindlich empfinde. Umgehend holte sich die Kollegin Unterstützung beim VPOD. Eine Woche bevor

der Einsatzplan zum Tragen kommen sollte, hatte die Vertrauensanwältin, die inzwischen drei weitere Hortleiterinnen vertrat, immer noch keine anfechtbare Verfügung erhalten. Immerhin wurde ihr zugesichert, dass die vorgesehene Änderung der Einsatzpläne erst nach Rechtskraft des Entscheides umgesetzt werde.

Als die Verfügung endlich eintraf, erhob die Anwältin Einspruch beim Stadtrat: Wenn die Schulpflege daran festhalte, «die langjährige und verdienstvolle Hortleiterin autoritativ zu einer anderen Verteilung der Arbeitszeit zwangsweise verpflichten zu wollen», habe sie dies unter Einhaltung der Kündigungsfrist in Form einer anfechtbaren Verfügung und nicht in Form einer formlosen Dienstplanänderung zu erlassen. Die Neuverteilung der Arbeitszeit sei nicht rechtmässig und für D. nicht zumutbar, schrieb die Anwältin.

Dagegen stellte sich die Schulpflege auf den Standpunkt, dass das Personalrecht und die Reglemente der Schulbehörde dazu berechtigten, die Einsatz- und Dienstpläne nach den Bedürfnissen der Betreuungsstätte festzulegen. Für die Hortleiterinnen gelte eine flexible Arbeitszeit. Eine Anpassung von Dienstplänen und Arbeitszeiten sei grundsätzlich zulässig, erwiderte die Anwältin, aber dazu brauche es ein gegenseitiges Einver-

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

ständnis. Wenn dieses nicht vorliege, gälten die allgemeinen Grundsätze des verwaltungsrechtlichen Handelns wie das Willkürverbot, das Verhältnismässigkeitsprinzip sowie das Gebot von Treu und Glauben. Gemäss Handreichung zu Dienst- und Einsatzplanung in der Betreuung seien zudem geteilte Dienste möglichst zu vermeiden.

Anordnung aufgehoben

D. habe schon bisher ihre wöchentliche Arbeitsbelastung freiwillig vergrössert und zusätzliche Arbeitstage übernommen, hielt die Schulpflege entgegen. Tatsächlich sei D. eingesprungen, bestätigte die Anwältin, etwa wenn Kolleginnen wegen Krankheit oder Ferien ausfielen. Also immer aus Kulanz und immer dann, wenn es vonseiten des Hortbetriebs erforderlich war, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Das sei aber etwas anderes, als wenn ein 60-Prozent-Pensum dauerhaft 4 Tage Anwesenheit verlange. Denn dann könnten es ja mit Einspringen leicht regelmässig 5 Tage werden.

Da D. neben der Erwerbsarbeit auch unbezahlte Familienarbeit leiste, wirke sich der neue Einsatzplan negativ auf ihre Gesundheit aus, erläuterte die Anwältin. Eine derartige Zerstückelung würde ihr niemals zugemutet, wenn sie statt unbezahlter Carearbeit eine zweite Erwerbstätigkeit ausübte. Auch das: eine Missachtung der weiblichen Erwerbsbiografien. Alle diese und weitere Argumente der Vertrauensanwältin trugen schliesslich Früchte. Nach zwei Jahren entschied die Schulbehörde, dass die Anordnung aufgehoben und der bisherige Einsatzplan beibehalten werde. D.s Begehren war gutgeheissen worden.

D. wehrte sich erfolgreich gegen zu stark zerschnittene Arbeitstage im Kinderhort.



Der von der E-Mobilität befeuerte Abbau von Nickel bewirkt Umweltzerstörung in Indonesien

Von wegen «nachhaltig» . . .

Weil sich die Welt auf den Weg zu «nachhaltiger Mobilität» gemacht hat, boomt der Nickelabbau. Indonesien hat weltweit die grössten Reserven des Metalls. Allerdings gefährdet die Entwicklung in den Bergbauregionen Mensch und Umwelt. | Text: Fahmi Panimbang (Foto: Solidar)

Nickel wird unter anderem für Münzen verwendet. Stahl wird durch die Beimengung von Nickel zäher, biegsamer und korrosions-resistenter. Vor allem aber ist das Metall ein wichtiger Bestandteil von Batterien – etwa von Elektrofahrzeugen. Im aktuellen Boom der E-Autos ist es daher stark nachgefragt. Indonesien besitzt auf seinen Inseln Sulawesi und Maluku die weltweit grössten Reserven dieses Metalls. Jetzt werden dort riesige Regenwaldareale dem Erdboden gleichgemacht, damit Nickel abgebaut werden kann. Durch die Abholzung werden nicht nur riesige Mengen an Kohlendioxid freigesetzt, sondern auch die Lebensräume unzähliger Arten zerstört. Die Tatsache, dass Kohlekraftwerke diese Betriebe mit Energie versorgen, verschlimmert das Problem.

Schlechte Luft, dreckiges Wasser

Die Auswirkungen des forcierten Nickelabbaus auf die Menschen sind ebenso alarmierend. So hat sich die Luftqualität in den Bergbauregionen in jüngster Zeit rapide verschlechtert: Staub und Feinstaub führen

zu einem raschen Anstieg von Atemwegserkrankungen. Zudem verseuchen diverse Schadstoffe Küstengebiete und Flüsse, was die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet, die für Trinkwasser, Fischerei und Landwirtschaft auf saubere Gewässer angewiesen ist. Morowali ist ein Regierungsbezirk auf der indonesischen Insel Sulawesi. Das Gebiet, Zentrum des Nickelabbaus, ist vom Zustrom von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern aktuell völlig überfordert. Der verschärfte Wettbewerb um Wohnraum, Lebensmittel und grundlegende Dienstleistungen verursacht soziale Spannungen und wirtschaftliche Not. In den letzten zehn Jahren wurden im Industriepark Morowali fast 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter neu beschäftigt. Sie sind in einem Kreislauf aus unsicherer Beschäftigung und der Verweigerung grundlegender Rechte gefangen. Die niedrigen Löhne zwingen sie dazu, Arbeitstage von 12 Stunden zu akzeptieren, um über die Runden zu kommen. Trotz Protest der Gewerkschaften übersehen Regierung und Unternehmen die menschlichen Kosten, die

mit den neu geschaffenen Arbeitsplätzen verbunden sind.

Die Bedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schmelzhütten sind überaus brutal: Sie sind ständig Kohlenstaub, giftigen Dämpfen, Schwefelsäure und der enormen Hitze der Öfen ausgesetzt und leiden unter Atemwegs- und Hautkrankheiten. Unfälle mit schweren Verletzungen und gar Todesfolge sind häufig.

Im Industriepark Morowali gibt es nur zwei Krankenstationen; sie können die Bedürfnisse tausender Erkrankter nicht decken. Nicht einmal genügend Toiletten sind vorhanden. Andererseits sind hunderte von Sicherheitskräften in der Region, um für Ruhe und Stabilität zu sorgen. Diese Diskrepanz verdeutlicht die Prioritäten der Unternehmen und der Regierung, denen an Investitionen mehr liegt als am Arbeitsschutz. Solidar Suisse informiert vor Ort über die gesundheitlichen Risiken und ermöglicht medizinische Untersuchungen für schwer Erkrankte. Öffentlichkeitsarbeit soll helfen, Druck auf Behörden und Regierung zu machen.

Grüne Heuchelei

Die weltweit steigende Nachfrage nach Nickel im Zuge der Zunahme der E-Mobilität wirft grundlegende ethische Fragen auf. Die ökologischen und sozialen Belastungen der Nickelförderung werden von Indonesien getragen, während die Gewinne hauptsächlich an wohlhabende Nationen gehen, welche die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen antreiben. Diese Ungleichheit entlarvt die Heuchelei eines vermeintlich grünen Wandels, der das Wohlergehen der Menschen im globalen Süden dem Streben nach Nachhaltigkeit opfert. Für einen wirklich gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft müsste die Herangehensweise radikal verändert werden: Es braucht globales Engagement für nachhaltige Bergbaupraktiken, die mit Arbeitsnormen verbunden werden müssten. Länder im globalen Norden und multinationale Unternehmen müssen Verantwortung für die gesamte Lieferkette übernehmen. Solidaritätsnetzwerke – von Beschäftigten, Gemeinden, Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen Verbündeten – sind von entscheidender Bedeutung. Solidar Suisse unterstützt ihren Aufbau.

Indonesiens Nickelindustrie profitiert vom E-Auto-Boom, aber sie ist schädlich für Beschäftigte und Umwelt.



Eliane Albisser, Soziologin, Geschäftsführerin des gewerkschaftlichen PK-Netzes, Bern

Pfadwechsel

Aus einer Lehrerfamilie stammend, wurde Eliane Albisser im ersten Anlauf Lehrerin. Heute verschafft sie – als Geschäftsführerin des PK-Netzes – den Arbeitnehmenden in der zweiten Säule Gewicht und Gehör. Das Aushalten von Widersprüchen gehört dabei zum Job. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Nach wenigen Minuten Kaffeetrinken ist Eliane Albisser mitten in der Erörterung aktueller Probleme der zweiten Säule. Sie zeigt, warum die Tendenz zu immer mehr Sammelstiftungen beunruhigen muss. Die Abdeckung mit Rückversicherungen etwa, die man dort häufig findet, mehrt einzig den Profit der Lebensversicherer; notwendig wäre sie nicht. Dann erläutert sie, warum die scheinbar so kundenfreundlichen dynamischen Rentenmodelle, wie sie auch von der kantonalzürcherischen BVK angeboten werden, keine gute Idee sind. Nämlich? Sie laufen der Solidarität zuwider und hinterlassen bei den Versicherten den Eindruck, so oder so die falsche Entscheidung getroffen zu haben.

Seit fünf Jahren ist Eliane Albisser Geschäftsführerin des PK-Netzes, des gewerkschaftlichen Versuchs also, BVG-Knowhow auf der Seite der Arbeitnehmenden zu pflegen und zu verbreiten, auf dass die Parität in den Stiftungsräten so gelebt werden kann, wie sie vorgesehen ist. Dabei wirkt sie mit der ihr eigenen Mischung aus Eifer und Gelassenheit, aus Kampfgeist und dem Wissen darum, dass einige der Widersprüche, in denen sie sich bewegt, nicht so bald vergehen werden. Vielleicht kann man es so sagen: Die Kollegin ist eine glühende Verfechterin des Versicherungsprinzips, wie es auch dem BVG zugrunde liegt. Aber sie hat Mühe mit dem Umstand, dass riesige Geldsummen den Finanzmärkten anvertraut werden und dort nur schwer drauf zu verpflichten sind, Gutes zu tun.

Lehrkräfte an der Wiege

Dass sie dereinst mit dem Dossier Altersvorsorge ihr Geld verdienen würde, wurde Eliane Albisser weder von ihrem Vater (Lehrer in Neuenkirch, Kanton Luzern) noch von ihrer Mutter (Lehrerin in Neuenkirch, Kanton

Eliane Albisser im Berner Hotel Bern, wo viele der PK-Netz-Veranstaltungen stattfinden.



Luzern) an der Wiege gesungen. Zunächst ging auch alles erwartbar: Als eine der letzten am Seminar Ausgebildeten startete die junge Kollegin auf der Mittelstufe (Lehrerin in Malters, Kanton Luzern). Dass sie bei aller Liebe zur Arbeit mit Kindern und Eltern nicht bis zur Pensionierung im Klassenzimmer stehen würde, war der Kollegin bald klar. Der Drang nach Weiterentwicklung und der Durst nach Wissen waren einfach zu stark. Also: Studium! Die Kombination von Soziologie und Jus ist nicht ganz gewöhnlich (und karrieretechnisch suboptimal: Wer braucht schon eine Halbjuristin?). Für Eliane Albisser war sie perfekt. Und auch für das, was nachher kam.

Zum Beispiel beim VPOD Region Basel, wo die Kollegin mehrere Jahre Rechtsfälle betreut hat. Eine solche Spezialisierung – dass sich auf dem Sekretariat die einen um das Kollektive, die anderen um das Individuelle kümmern – kann man kritisieren. Eliane Albisser hat auch bei den Einzelfalldossiers nach dem Gemeinsamen, dem Exemplarischen gesucht. Sie hat es bei den 24-Stunden-Betreuerinnen des damaligen Projekts Respekt@vpod auch gefunden: Ein Fall ging

bis vor Bundesgericht. Dieses beschied, das Arbeitsgesetz gelte auch im Privathaushalt, jedenfalls wenn die Beschäftigten via eine Personalverleihfirma angestellt sind.

Linke Pfadi

Und sonst so? Privates ist der Kollegin kaum zu entlocken. Immerhin erfahren wir, dass sie in der Jugend eine begeisterte Pfadfinderin war. Ich müsse aber unbedingt schreiben, dass ihre Abteilung, im Gegensatz zu derjenigen des Nachbardorfs, links und cool war. Man trug Kapuzenpulli statt Uniform. Investigative Fragetechnik fördert schliesslich zutage, dass Eliane Albisser im Berner Breitenrainquartier wohnt und dass sie, obwohl mit Katzen aufgewachsen, keine Katze und auch sonst kein Haustier hat, aber immerhin einen Freund, mit dem sie zusammenlebt und der aus dem Wallis stammt, weshalb daheim französisch gesprochen wird, was ihr zupasskommt, denn das tägliche Training wappnet für sprachliche Herausforderungen, wie sie sich beruflich stellen. Und noch stellen mögen. (Denn man ahnt: Es ist eher unwahrscheinlich, dass Eliane Albisser im jetzigen Job pensioniert wird.)



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



SAISONSTART
15. März 2025



**Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)**



Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2025

Pauschal pro Person in

Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 375.-

Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 405.-

Der Preis beinhaltet:

3 Übernachtungen in Doppelzimmer

3 Frühstücksbuffet

1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)

2 Drei-Gänge-Abendessen

1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)

• W-LAN

• freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit



AZB
8036 Zürich, Postfach



«Beim Fussball
ging meine
Brille zu Bruch,
und niemand
will bezahlen!»

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschliessen für nur Fr. 138.-
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod  ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

